

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3,00 RM. monatlich, 1,50 RM. wöchentlich, 30 Pf. für ins Ausland. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 RM. pro Monat. Einmalige Beiträge: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausgabe 1894.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Rollenliste oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternotizen-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zu 1/2 Pf. 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 29. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Prozeß gegen Genossen Abg. Dr. Karl Liebknecht.

(M. L. S.)

Berlin, 28. Juni. (M. L. S.) Die kriegsgerichtliche Hauptverhandlung im Prozeß gegen Karl Liebknecht hat heute 9 Uhr vormittags im Militärgerichtsgebäude in der Lehrter Straße begonnen. Das Gericht ist besetzt mit einem Major als Vorsitzendem, zwei Kriegsgerichtsräten (im Zivilberuf Rechtsanwälte), von denen einer die Verhandlung führt, ferner einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Prade aus Braunschweig als von ihm gewählter Verteidiger zur Seite. Nach dem Aufruf der Zeugen und Dolmetscher, der Vereidigung der Richter und Feststellung der Personalien des Angeklagten wurde die Anklageurkunde verlesen, die in der Hauptsache, wie bekannt, auf versuchten Landesverrat, begangen im Felde (d. h. während des Kriegszustandes), und Widerstand gegen die Staatsgewalt lautet. Hierauf beantragte der Vertreter der Anklage, während der gesamten Dauer der Sitzung und auch während der Verhandlung über diesen Antrag die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Angeklagte protestierte gegen den letzten Teil des Antrages. Nach § 285 der Militär-Strafgerichts-Ordnung mußte jedoch die Verhandlung über die Ausschließung der Öffentlichkeit in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden. Der Saal wurde dementsprechend von den Zuhörern geräumt. Nach erfolgter Beratung wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt und der Beschluß des Gerichts dahin verkündet, daß die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Staatssicherheit für die weitere Verhandlung auszuschließen sei. Auch die Zulassung von Vertretern der Presse kam nicht in Frage, da nach § 18 des Einführungsgesetzes zur Militär-Strafgerichts-Ordnung Berichte über die Verhandlung durch die Presse nicht veröffentlicht werden dürfen, wenn die Öffentlichkeit der Verhandlung wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen war. Die Verkündung des Urteils hat nach dem Befehl in öffentlicher Sitzung stattgefunden.

Das Urteil

im Prozeß Liebknecht lautete auf zwei Jahre, sechs Monate, drei Tage Zuchthaus, und Entfernungen aus dem Heere wegen versuchten Landesverrats, erschwerten Ungehorsams und Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

Dieses Urteil wurde mit Gründen nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit heute gegen vier Uhr nachmittags verkündet. Bei der Strafzumessung war das Gericht von der Ansicht ausgegangen, daß Liebknecht nicht aus ehrloser Gesinnung gehandelt habe, sondern daß politischer Fanatismus die Triebfeder bei seinen Verfehlungen gewesen sei. Aus diesem Grunde hat es auf die mindestens zulässige Strafe erkannt und auch von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abgesehen. Gegen dieses Urteil steht Liebknecht das Rechtsmittel der Berufung zu.

Vorläufer.

Die Genossen Blanc, Brizon und Raffin-Dugens haben in der französischen Kammer als einzige gegen das Budget gestimmt und bei der Gelegenheit eine Erklärung verlesen, in der sie sich für einen Frieden ohne Gebietserweiterung und einen Waffenstillstand aussprachen. Es sind dieselben Parteigenossen, die zur Konferenz nach Kienthal gingen, um mit den Genossen der anderen Länder zu beraten, und die deshalb so heftige Anklagen in ihrem Lande über sich ergehen lassen mußten.

Im „Populaire“, der neuen Revue der französischen Minderheit, fragt R. Simonsohn, ob man überhaupt den Wert der Tat der Drei, als sie nach Kienthal gingen, vollständig erkannt habe. Sie hätten durch diesen Schritt besser als durch platonische Manifestationen und stammende Resolutionen für die Kreuze zu ihrem sozialistischen und internationalistischen Ideal Zeugnis abgelegt. Wohl habe man dem Mut der drei Genossen Lob gezollt und ihn gewürdigt, aber man habe ihrer Tat jede praktische Bedeutung abgesprochen. Das sei ein Fehler, denn diese Initiative könne Konsequenzen von großer praktischer Bedeutung haben. Sie hätten gewiß nicht den symbolischen Delzweig aus der Schweiz mitgebracht. Das sei auch nicht ihre Absicht gewesen; aber sie hätten einen Schritt zu dem Ziele getan, nach dem die Stimmen der Mütter und Väter heftig verlangten. Die Kienthaler Konferenz hat die Wege zu einer Zusammenkunft der Sozialisten der kriegsführenden Staaten geebnet. „Brizon, Raffin und Blanc haben den Weg vorgezeichnet, auf dem in einigen Monaten zum größten Wohl der Menschheit die ganze französische Sektion, endlich aus ihrer Starrheit gerissen, gehen wird.“

R. Simonsohn glaubt, daß die Partei ihre Geschlossenheit bewahren müsse, auch bei der Abstimmung über die Kredite, und er meint, dem würden sich auch die drei nicht entziehen. In dieser Auffassung ist er getäuscht worden, insofern, als Brizon, Blanc und Raffin-Dugens gegen die provisorischen Budget-

zweifeln gestimmt haben. Aber eine Spaltung der Partei braucht das nicht zur Folge zu haben, nicht einmal eine Spaltung der Fraktion. Die drei Genossen haben eine Erklärung verlesen, in der sie ihre Ablehnung begründen. Das offizielle Telegramm meldet nichts von stürmischen Szenen in der Kammer. Wenn man danach annehmen darf, daß die Parteifreunde der radikalen Genossen wenigstens die Erklärung mit der eigentlichen selbstverständlichen Ruhe angehört haben, mit der man offizielle Erklärungen aufnimmt, die der Ausfluß starker, gefestigter Ueberzeugungen sind, mögen sie noch so sehr von denen der andern abweichen, so ist nicht einzusehen, warum ein freundliches Zusammenarbeiten in andern Fragen nicht möglich sein soll. Nichts vergiftet den Kampf mehr als der Versuch, andere Auffassungen zu ersticken und durch Gewalt ihre Träger zum Schweigen zu verurteilen, wenn sie das Aussprechen für ihre Gewissenspflicht halten.

Wir wissen nicht, ob Simonsohn recht hat mit seiner Annahme, daß Blanc, Brizon und Raffin, indem sie nach Kienthal gingen, die Vorläufer der gesamten französischen Sektion gewesen sind, die in einigen Monaten bereit sein werden, mit den Genossen der anderen kriegsführenden Länder zusammenzukommen. Wir wissen es nicht, aber wir wünschen, daß es so sein möge. Die Tat der drei bleibt jedoch in jedem Fall nicht ohne praktische Wirkung, denn sie hat, wie immer die Mehrheit der französischen Sozialisten sich entscheiden mag, viel dazu beigetragen, die noch schlummernden internationalen Gefühle und Gedanken in der französischen Partei wieder zu erwecken.

Das Blutbad in Galatz.

Bukarest, 27. Juni. (M. L. S.) Wie die Blätter melden, wurden bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Militär in Galatz neun Arbeiter getötet und 25 verwundet. Entgegen der amtlichen Darstellung betonen die Blätter übereinstimmend, daß der Kommandant der ausgerückten Truppen, ein junger Leutnant, den Befehl zum Feuern gegeben habe, ohne daß die vorgeschriebene Aufforderung an die Menge gerichtet wurde; auch habe man aus der Menge vorher nicht geschossen.

Bukarest, 28. Juni. (M. L. S.) Racowski, der Führer der rumänischen Sozialisten, wurde heute auf Befehl des Galatzer Gerichtshofes in Bukarest verhaftet. Für Donnerstag wurde in Bukarest ein Generalstreik angekündigt als Protest gegen die Haltung der Behörden und der Truppen in Galatz. Bis jetzt sind zehn Arbeiter ihren Wunden erlegen, fünf und dreißig verwundet und gegen hundert verhaftet worden. Die Presse greift die rumänische Regierung an, weil sie es in der Verpflegungsfrage soweit hat kommen lassen.

Bukarest, 28. Juni. (Z. U.) Auf die Nachricht von blutigen Demonstrationen in Galatz kehrte Ministerpräsident Bratianu sofort von seinem Gute in Florica nach Bukarest zurück, wo sogleich nach seiner Ankunft ein Ministerrat stattfand. Wie verlautet, beschäftigt die Regierung sich mit dem Plane, in allen Orten, wo sich größere Bewegungen zeigen, den Belagerungszustand zu verhängen, wozu die Regierung vom Parlament bereits die Ermächtigung erhielt. Der Minister des Innern, Wortzum, begab sich nach Sinaja, um den König über die Vorfälle Bericht zu erstatten.

Die Leitung der Bukarester Arbeiterschaft hielt eine Beratung ab, in der die Solidarität mit den Galatzer Arbeitern verkündet wurde. Auf Antrag des Parteisekretärs Cristescu wurde der Beschluß gefaßt, in Bukarest durch Straßendemonstrationen gegen die blutigen Ereignisse in Galatz zu protestieren.

Zum Prozeß Casement.

Amsterdam, 28. Juni. (Z. U.) Aus London wird gemeldet, daß der Prozeß Casement wegen Hochverrats gestern fortgesetzt wurde. Die Zeugen wiederholten zum größten Teil die bereits in der Voruntersuchung vor dem Volizeigerichtshof gemachten Aussagen. Am Mittag ergriß der Verteidiger Casements das Wort. Er wies nach, daß die Verurteilung wegen Hochverrats außerhalb Englands nicht stichhaltig sei, denn der Gesetzesparagraf, auf welchem die Anklage basiert sei, gelte speziell für Verrat innerhalb Englands. Weiter wird noch gemeldet, daß der Kronanwalt Casements diesen als einen ehlen und gebildeten Kopf, als einen geschäftlichen und im politischen Leben wohl erfahrenen Mann hinstellte, der nicht sein ganzes Leben lang England beiseite habe, wie andere vor ihm, die aus der Geschichte bekannt seien. Der Angeklagte habe eine nicht ruhmlose Vergangenheit hinter sich und die erste Periode seines Lebens bezwecke nicht die Vernichtung der englischen Regierung, sondern deren Erhaltung und Entfaltung. Weiter wurde dann erwähnt, wie Casement im Jahre 1911 für seine großen Verdienste zum Ritter ernannt wurde und auch der Brief vorgelesen, den Casement damals an Edward Grey schrieb, um ihm für seine Ernennung zum Ritter zu danken. Was in den Jahren 1911 bis 1914 geschehen sei und den Geist des Gefangenen in dem Maße verdorben hätte, wählte er nicht. Der Gefangene hätte eine Landung in Irland versucht und verfügte auch über einen Code, der es ihm ermöglichte, seine Freunde um Gewehre, eine Kanone, viel Munition, Sprengstoffe und ein Schiff zu bitten. Zum Schluß stellte der Kronanwalt Casement als einen Mann hin, den der Haß gegen England verblende, der ein verzweifelttes Lotteriespiel gespielt und verloren hätte.

Die Neuwahlen und die politische Lage in Spanien.

Von einem spanischen Genossen wird uns geschrieben:
 Vor einigen Tagen ist in Spanien das neugewählte Parlament — die Cortes — zu seiner ersten Tagung zusammengetreten. Da sich der Zusammentritt diesmal unter ganz besonderen Umständen vollzieht und die Zusammensetzung der Volksvertretung durch die Wahlen in schwerwiegender Weise verändert worden ist, dürfte ein kurzer Ueberblick über den Verlauf der Wahlkampagne einem berechtigten Interesse begegnen.

Die Ergebnisse dieser letzten Wahlkampagne beweisen, wie das Barcelonaer Parteiblatt, die „Justicia Social“, vom 20. Mai bemerkt, „in unwiderleglicher Weise, daß die gesamte spanische Linke auf der ganzen Linie gescheitert ist“. Es wäre ein gefährlicher Irrtum, sich darüber noch einer Täuschung hingeben zu wollen. Der Führer der spanischen Sozialdemokratie, Pablo Iglesias, hat diese Niederlage mit seiner gewohnten Aufrichtigkeit zugestanden, auch die bedeutendsten Köpfe der republikanischen Partei haben diesen Mißerfolg in von tiefem Pessimismus durchtränkten Äußerungen anerkannt und versucht, die Verantwortung für den Sieg der staatsbehaltenden Mächte über den Radikalismus auf die Massen und ihre politische Indolenz und Gleichgültigkeit abzuwälzen.

Die Folge dieses Sieges der Rechten ist der Verlust zahlreicher Parlamentssitze durch die Radikalen, deren bedeutendste Führer vielfach aus ganz sicheren und jahrelang innegehabten Wahlkreisen hinausgedrängt wurden. Ganze Provinzen verloren ihren bisher so gut wie unbestrittenen republikanischen Charakter. In Catalonien, der Hauptburg des Separatismus und Republikanismus, gingen Wahlbezirke von ältester republikanischer Tradition bei diesen Wahlen in den Besitz der monarchistischen Parteien über, ja es kam so weit, daß Catalonien, dieser vorgeschobene Posten der republikanischen Parteien, nunmehr fast ausschließlich von Repräsentanten der Rechtsgruppen vertreten wird. Ähnliches ereignete sich in anderen spanischen Provinzen. Von den wenigen Republikanern, die in Spanien gewählt wurden, sind zwei auf Grund des Artikels 29 proklamiert, eines Paragraphen im Wahlgesetz, der von den Konservativen durchgesetzt wurde und der anordnet, daß in Wahlkreisen, wo nur ein Kandidat aufgestellt ist, kein Wahlkampf stattfinden darf, sondern der Abgeordnete einfach von der Regierung nominiert wird. Von den übrigen Republikanern, die gewählt sind, gehören mehrere einer gemäßigten Richtung an, die sich zu einer, wenn auch nur indirekten Zusammenarbeit mit den „Ordnungs“partei an der der positiven Gesetzgebung bereit erklärt hat.

Von den sonstigen Parteien der oppositionellen Linken ist die radikale Partei, deren Führer Leroux sich bei den Republikanern und einem großen Teil der Arbeiter Barcelonas eines hohen Ansehens erfreut, deren Gruppe in der Gemeindevertretung eine beherrschende Stellung einnimmt und deren Wählerschaft sich vorzugsweise aus dem industriellen städtischen Proletariat rekrutiert, gleichfalls in die allgemeine Niederlage der Linken hineingezogen worden. Das gleiche Schicksal ereilte die Partei der Reformisten, einer jüngeren Abzweigung der republikanischen Gruppe, von der noch weiter die Rede sein wird. Dagegen ist es der Sozialdemokratie diesmal wieder gelungen, ihren einzigen Vertreter im Parlament, Pablo Iglesias, durchzubringen. Aber auch ihr treues Eintreten für die mit ihr verbündeten Republikaner hat den Niederbruch der Linken nicht abzuwenden vermocht.

Gegenüber dieser Katastrophe des spanischen Radikalismus haben die reaktionären Parteien, die Liberalen und die Konservativen, die abwechselnd die Regierung in Spanien inne haben, die Zahl ihrer Vertreter bedeutend vermehrt. Die Karlisten, d. h. die Anhänger des Prätendenten Don Jaime, haben 8 Sitze gegen 4 in der vorigen Session erobert, und auch die Führer der extremen Rechten, Maura und Paciona, sowie die der übrigen Fraktionen der Rechten und Konservativen haben die Zahl ihrer Anhänger im Parlament erheblich vermehrt.

Das Bedauerlichste ist hierbei für die Vertreter der Opposition, daß diese Niederlage nicht ohne Rückwirkung auf ihre Tätigkeit in den anderen Kreisen und Gebieten des sozialen Lebens geblieben ist. Wäre der Mißerfolg nur auf die geringe Wahlbeteiligung der großen Massen zurückzuführen, so wäre das Ergebnis zwar beklagenswert, gäbe aber noch keinen besonderen Anlaß zur Entmutigung. In Spanien ist zwar das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht im Prinzip in Kraft, allein die politische Korruption, der kulturelle Tiefstand und die Unwissenheit der großen Masse der Bevölkerung bewiesen, daß die Wahlen den eigentlichen Volksscharakter nur schwach oder richtiger überhaupt nicht widerspiegeln. Denn die Partei, die gerade das Regierungssteuern in der Hand hat und die das Volk durch die sogenannten Skizzen, das sind die wohlhabenden und einflussreichen Bürger und Machthaber sowie die Geistlichen, in Stadt und Land beherrscht, „macht“ oder fälscht die Wahlen stets nach ihrem Gutdünken und weicht immer eine ihr willfährige Majorität auf sich zu vereinigen. Das Schlimme ist, daß die jüngsten Wahlen diesmal wirklich ein gewisses

WISSEN DER WAHREN VOLKSTIMMUNG geben. Die reaktionäre Tendenz der letzten Zeit hat sich nicht allein in der Wahlbewegung einen Ausdruck geschaffen, sie hat sich auch auf anderen Gebieten des politischen Lebens in bedrohlicher Weise bemerkbar gemacht. So z. B. auf dem Gebiete der Presse, wo sich die reichsten und verbreitetsten Zeitungen in den Händen der liberalen und konservativen Parteien befinden, so auf dem Gebiete des Univeritätslebens und der Volksbildungsanstalten, die bisher einen ausgesprochen freiheitlichen und oppositionellen Charakter trugen. Hier wie überall ist der Einfluß der anhaltenden energiegelassen und machtvollen Tätigkeit der konservativen Parteien deutlich fühlbar, eine Erscheinung, die um so befremdlicher ist, als man bisher der Meinung war, daß die radikale revolutionäre Bewegung, die unmittelbar nach den Ereignissen des Jahres 1909 einsetzte, nun endgültig Wurzel im Volksbewußtsein Spaniens geschlagen habe. Diese Bewegung war eine Protestbewegung gegen die Regierungsmethoden des konservativen Parteichefs Maura, die ihren Kulminationspunkt in der Hinrichtung des Freidenkers Ferrer erreicht hatten. Sie schien das Ende der finsternen Reaktion bedeuten zu sollen. Kaum aber ist ein halbes Jahrzehnt verflossen, so sehen wir sie wieder drohend ihr Haupt erheben.

Man könnte sich vielleicht versucht fühlen, das Resultat der Wahlen in Zusammenhang mit dem europäischen Krieg und der durch ihn geschaffenen politischen Situation zu bringen. Was die Sozialdemokratie anbelangt, so ist richtig, daß ihr Führer Iglesias einmal erklärt hat, er bedauere, daß Spanien nicht mächtig und stark genug sei, um für die gerechte Sache einzutreten. Er hat jedoch gleich danach und auch später mehrfach betont, die einzig mögliche Politik Spaniens während des Weltkrieges sei eine wohlwollende Neutralität zugunsten der Alliierten, diese dürfe jedoch nur gerade so weit gehen, als sie nicht die Gefahr einer Verwidelung Spaniens in den Krieg einschleife. Gegen diesen Standpunkt ihres Führers haben sich alsbald im Schoße der Partei lebhafteste Proteste erhoben, und hierdurch ist die Entschlossenheit in der spanischen Arbeiterschaft, an einer strikten und unparteiischen Neutralität festzuhalten, noch mehr gestärkt und gefestigt worden. Wenn die politische Lage überhaupt einen Einfluß auf die Wahlen gehabt haben sollte, so würde dies höchstens für die radikale Partei zutreffen können, deren Führer Leroux in seiner Vereinerung für die Entente gegen den allgemeinen Wunsch des Volks, das keinen Krieg will, entschieden für einen Eintritt Spaniens in den Krieg an der Seite Frankreichs Stimmung gemacht hat. Wollte man jedoch hieraus schließen, daß die Niederlage der Linken auf die mangelnde Geneigtheit ihrer Führer zur Wahrung der Neutralität zurückzuführen sei, wie will man dann erklären, daß die Massen, deren Wille zur Neutralität feststeht, sich gerade den konservativen Fraktionen zugewandt haben, die wie jene des Bazquez de Mella den Centralmächten gegenüber die gleiche Stellung einnehmen wie Leroux gegenüber den Alliierten?

Die Ursachen der Niederlage der Linken sind daher nicht in den äußeren Umständen, sondern weit mehr in den inneren Verhältnissen Spaniens zu suchen. Sie liegen in dem tiefen Mißtrauen, das die Massen gegenüber den Führern des bürgerlichen Radikalismus ergriffen hat. In dem überwiegend agrarischen Lande mit seinem schwachen und noch unentwickelten Proletariat hat sich der revolutionäre Radikalismus bisher nur in einer anflaren republikanischen Bewegung einen Ausdruck und ein Organ geschaffen, dessen Führer in mehrere Gruppen zerfällt, noch ständig im Kampf mit einander liegen. Die spanische Sozialdemokratie hat freilich in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, sie hat die Zahl ihrer Organisationen vermehrt und erweitert und ihr Ansehen besonders bei denen erhöht, die den Wert einer Partei nicht allein nach der Zahl, sondern auch nach dem Gewicht der ihr angehörenden hervorragenden Persönlichkeiten bemessen. Das ist vor allem geschehen durch den Eintritt von Männern wie Araquistain und Pestalero, Professor der Philosophie an der Universität Madrid. Die große, in revolutionärer Würdigung befindliche städtische Masse aber folgt auch heute noch den Hauptern des Republikanismus. Die Gegensätze innerhalb ihrer Gruppen, ihre Untätigkeit, Prinzipienlosigkeit und Unwirksamkeit im Parlament hat die Abwendung der Masse von ihren Führern und die schwere Niederlage verschuldet, die die Linke bei den jüngsten Wahlen erlitten hat, die letzten Endes eine Niederlage des alten morischen und innerlich korumpierten Republikanismus ist.

Die kürzlich gegründete Partei der Reformisten hat auch nicht mehr Glück bei den Wahlen gehabt. Aus Elementen eines gemäßigten Republikanismus gebildet, schien diese Partei, die die Regierungsform für nebensächlich ansieht und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien unter dem monarchischen Regime erklärte, sofern ihr dies ermöglicht, eine wahrhaft freiheitliche, liberale Politik zu treiben, unter den günstigsten Auspizien und Aussichten auf Erfolg in die politische Arena zu treten. Satten sich ihr doch nicht wenige der begabtesten spanischen Intellektuellen angeschlossen, die sich bisher von jeder politischen Wirksamkeit ferngehalten hatten. Der Führer dieser Partei ist der hervorragende Redner und Politiker Melquiades Alvarez, ihr eigentliches geistiges Haupt jedoch Dr. Simarro, dem es sogar gelungen war, persönliche Fühlung mit dem König zu nehmen und ihn für die neue Partei zu interessieren. Es ist daher begreiflich, daß man gerade bei diesen Wahlen mit einiger Spannung darauf wartete, was für eine Rolle die Partei spielen, welche Erfolge ihr beschieden sein würden. Wenn auch sie schließlich einen entscheidenden Mißerfolg erlitten hat, so verdankt sie das der Aufgabe ihrer Ideale, dem Praktizieren mit den monarchischen Parteien und der Aufnahme der alten in Mißkredit geratenen politischen Methoden der Letzteren.

Die Wahlen haben die linken Parteien vor die Notwendigkeit gestellt, den Kampf gegen die verstärkte Propaganda der Reaktion mit verdoppelter Kraft aufzunehmen. Vor allem aber haben sie — und das ist besonders wichtig und als ein positiver Erfolg zu bewerten — in sozialistischen Kreisen die Diskussion über die Zweckmäßigkeit eines Wahlbündnisses zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Republikanern aufs neue in Fluß gebracht. Dieses Bündnis war eine Folge der schon oben gekennzeichneten Bewegung vom Jahre 1909 und verfolgte den Zweck, die Rückkehr Mauras zur Regierung unmöglich zu machen und in Spanien die Republik zu errichten. Seitdem haben sich in der sozialdemokratischen Partei schon des öfteren Stimmen des Protestes gegen dieses Bündnis erhoben. Es wurden geltend gemacht, daß es den Fortschritt der echten proletarischen Bewegung und Organi-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Militär. Großes Hauptquartier, 28. Juni 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vom Kanal La Bassée bis südlich der Somme machte der Gegner vielfach starken Artillerieeinwurf, sowie im Anschluß an Sprengungen und unter dem Schutze von Rauch- und Gaswolken Erkundungsvorstöße, die mühelos abgewiesen wurden. Auch in der Champagne schritten die Unternehmungen schwächerer feindlicher Abteilungen nördlich von Le Mesnil. — Links der Maas wurden am „Toten Mann“ nachts Handgranatenabteilungen des Gegners abgewehrt.

Rechts des Flusses haben die Franzosen nach etwa zwölfwöchiger heftigster Feuernorbereitung gestern den ganzen Tag über mit starken, zum Teil neu herangeführten Kräften die von uns am 23. Juni eroberten Stellungen auf dem Höhenrücken „Kaltte Erde“, das Dorf Fleury und die östlich anschließenden Linien angegriffen. Unter ganz außerordentlichen Verlusten durch das Sperrfeuer unserer Artillerie und im Kampfe mit unserer tapferen Infanterie sind alle Angriffe restlos zusammengebrochen.

Ein feindlicher Flieger wurde bei Douaumont abgeschossen. Am 25. Juni hat Leutnant Höndorf bei Raucourt (nördlich von Nomeny) sein siebentes feindliches Flugzeug, einen französischen Doppeldecker, außer Gefecht gesetzt.

Wie sich bei weiterer Untersuchung herausgestellt hat, trifft die Angabe im Tagesbericht vom 23. Juni, unter den gefangenen Angreifern auf Karlsruhe hätten sich Engländer befunden, nicht zu. Die Gefangenen sind sämtlich Franzosen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linzinger wurden das Dorf Liniewka (westlich von Sokul) und die südlich des Dorfes liegenden russischen Stellungen mit stürmender Hand genommen. Sonst keine wesentlichen Veränderungen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Außer Artilleriekämpfen zwischen dem Warbar und dem Dojran-See ist nichts zu berichten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 28. Juni. (W. Z. B.) Militärisch wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Ruzh wiederholte der Feind seine Angriffe mit dem gleichen Mißerfolg wie an den Vortagen. Sonst in der Bukowina und in Ostgalizien nichts Neues.

Südwestlich von Komarowoschtyn schlugen unsere Vorposten fünf Nachtsangriffe der Russen ab. Westlich von Troszyn brach ein starker russischer Angriff in unserer Artillerie- und Infanteriefire zu sammen. Westlich von Sokul erkämpften deutsche Truppen das Gehöft Liniewka und mehrere andere Stellungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern griffen die Italiener zwischen Gisch und Brenta an mehreren Stellen an; so im Val di Fogli, am Pasubio, gegen den Monte Rassa und im Vorterraino des Monte Zebio. Alle diese Angriffe wurden blutig abgewiesen; bei den von stärkeren feindlichen Kräften geführten Vorstößen gegen den Monte Rassa fielen fünfhundertdreißig Gefangene, darunter fünfzehn Offiziere, in unsere Hände.

An der Kärntner Front wiederholte der Feind seine fruchtlosen Anstrengungen im Pöckentalabschnitt. Seine Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen den Freilofel und großen Paß, stellenweise kam es bis zum Handgemenge. Die braven Verteidiger blieben im festen Besitze aller ihrer Stellungen.

An der kärntnerischen Front war der Artilleriekampf zeitweise recht lebhaft. Unsere Flieger besetzten die Bahnhöfe und militärischen Anlagen von Treviso, Monte Belluno, Vicenza und Padua sowie die Adriawerke von Monfalcone mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Österreich, Feldmarschallleutnant.

sation hemme, indem es den wahren Charakter des proletarischen Kampfes als eines Klassenkampfes verschleierte. Der letzte Kongreß der sozialdemokratischen Partei hat bewiesen, daß sich in der Partei die Tendenz zur Lösung des Abkommens seitdem noch verstärkt hat. Die gegenwärtigen Wahlen haben das Gute, daß sie die Partei aufs neue vor diese entscheidende Frage gestellt und sie damit der endgültigen Lösung näher gebracht haben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 28. Juni. (W. Z. B.) Militärisch wird am Dienstag nachmittag. Auf dem linken Ufer der Maas wurde ein deutscher Handgranatenangriff westlich der Höhe 804 in der Nacht leicht zurückgeschlagen. Auf dem rechten Ufer wurden durch die nördlichen östlichen Kämpfe die französischen Stellungen in der Gegend des Wertes von Thiaumont erweitert. Die Lage im Dorfe Fleury ist unverändert. Der Kampf geht ziemlich lebhaft weiter auf den Maashöhen. Ein Angriff auf die französischen Stellungen von Neuilly scheiterte im Feuer. Flugdienste: Im Laufe einer Übung über Belgien feuerten drei mit Geschützen bewaffnete französische Flugzeuge 65 Granaten auf deutsche Schiffe in der Nähe der belgischen Küste.

Paris, 28. Juni. (W. Z. B.) Militärisch wird am Dienstag abend. In den Argonnen besetzten wir in der Gegend von Volante den südlichen Rand eines durch die Explosion einer deutschen Mine hervorgerufenen Trichters. Auf den beiden Ufern der Maas dauerte die Beschichtung im Laufe des Tages mit mittlerer Heftigkeit an, am heftigsten in der Woivre im Abschnitt von Etz. Auf dem rechten Ufer unternahmen die Deutschen gegen 2 Uhr nachmittags einen Angriff auf den Teil des Dorfes Fleury, den wir besetzt hatten; sie wurden vollständig zurückgeschlagen.

Belgischer Bericht. Gestern am späten Abend war die feindliche Artillerie an verschiedenen Punkten der Front von Namscapelle bis Steenstraete tätig. Deute gegenseitige Beschichtung in der Gegend von Dignatiden.

Die englische Meldung.

London, 28. Juni. (W. Z. B.) Kriegsbericht vom 27. Juni: Gestern abend wurde südlich des Vorpostens von Hren ein deutscher Angriff abgewiesen. Unsere Patrouillen waren an der ganzen Front sehr tätig; sie drangen an zahlreichen Punkten in die feindliche Linie ein und fügten dem Gegner viele Verluste zu. In der Nähe von Loos kam es zum Minenkampf, in dem die Deutschen schweren Schaden erlitten. Zahlreiche feindliche Flugzeuge wurden gestern in Kampf vertrieben. Ueber der Linie des Feindes kämpften fünf unserer Flugzeuge mit vier Hölzerflugzeugen; zwei wurden abgeschossen, die beiden anderen wurden gleichfalls zum Niedergehen gezwungen. Auf britischer Seite wird ein Flugzeug vermisst.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 28. Juni. (W. Z. B.) Militärisch wird am 27. Juni. Westfront: An der Front der Stellungen bei Riga und am Brändenkopf bestanden Artilleriekämpfe. In einigen Abschnitten verlor die feindliche Infanterie anzugreifen, wurde jedoch leicht abgewiesen. Bei Düna griff der Feind ohne Erfolg an. In einem Abschnitt zeichneten sich laut vorliegender Berichte der Abschnittskommandeure besonders der Leutnant Korlin und der Unteroffizier Kononenko aus. Korlin hatte 15 Wunden.

Feindliche Flieger bewarfen die Stadt Düna an mehreren Stellen mit Bomben. Gestern abend beschossen die Deutschen nördlich vom Wiadziol-See unsere Städte aus schweren und leichten Geschützen, von Zeit zu Zeit auch die Gegend zwischen den Seen Dolsha (8 Kilometer nördlich vom Wiadziol-See) und Walschicha (20 Kilometer südlich vom Wygonowko-See). Sie griffen darauf an, wurden aber durch unser Feuer abgewiesen. Die Angriffe wurden wiederholt, scheiterten aber jedesmal; der Feind wurde immer von neuem in seine Ausgangsgräben zurückgeworfen. Er mußte seine Angriffe schließlich aufgeben.

An der Chaussee von Sluc versuchten die Deutschen in der Nacht zum 28. Juni nach kurzer Artillerievorbereitung anzugreifen, wurden jedoch durch unser Feuer abgewiesen. — Der Feind griff bei der Meierei südwestlich von Lipsel und nordöstlich vom Wygonowko-See an. Es gelang ihm, auf das Schischara-Ufer vorzudringen. Er wurde allmählich verdrängt und ging zurück und wir besetzten darauf unsere alte Stellung. An der Front Kolliwoskowskaja, am Stokod, beschloß der Feind unsere Stellungen andauernd mit schweren Geschützen. Weiter südlich finden Artillerie- und Infanteriekämpfe statt. In der Gegend von Rieswicz (15 Kilometer südwestlich von Lutz) wurde ein österreichisches Flugzeug von unserer Artillerie abgeschossen, der Flieger und der Beobachter fielen verwundet in unsere Hände. An der mittleren Strypa schloß der Feind an mehreren Stellen mit schwerer Artillerie. Am 25. Juni holte unser Fliegerleutnant Orlow, der an diesem Tage zum zweiten Male aufstieg, einen feindlichen Flieger in einer Höhe von 2400 Meter im Kampfe herunter; er zwang ihn, in der Nähe des Dorfes Podhajce zu landen. In der Gegend westlich von Czernowiz warfen unsere Truppen den Feind über den Dubowiesch, der bei Jablotow von Süden her in den Bruch mündet. Nach dem letzten Bericht ist die Zahl der von der Armee des Generals Brussilow gemachten Gefangenen und an Kriegsbeute gestiegen. In der Zeit vom 4. bis 23. Juni fielen in unsere Hände: 4081 Offiziere, darunter Generale und Militärärzte; 194041 Soldaten, 219 Geschütze, 644 Maschinengewehre, 168 Bombenwerfer, 146 Artilleriewagen und 88 Scheinwerfer.

Im Baltischen Meere, in der Meerenge bei Irben fand ein Kampf zwischen drei unserer Wasserflugzeuge und vier feindlichen Flugzeugen statt. Ein feindliches Wasserflugzeug wurde heruntergeschossen und fiel ins Wasser. Der Feind machte vergebliche Versuche, sein Flugzeug zu retten, es wurde durch Bomben und Maschinengewehrfeuer vernichtet. Unsere Flugzeuge kehrten unverletzt in den Hafen zurück.

Kaukasusfront: Die Türken verjuchten unter dem Schutze ihres Artilleriefeuers den Fluß Kasabaraksi (?) zu überschreiten, der bei dem Dorfe Kuril von rechts in den Euphrat mündet, wurden jedoch von uns zurückgetrieben. Auf Mosul zu in der Gegend von Vanne warfen unsere Truppen den Feind aus seinen Stellungen und trieben ihn nach Westen.

Anmerkung: Als Beispiel für die ungestüme Verwegenheit unserer Donkosaken wird noch folgender Vorfall gemeldet: Beim Uebergang über den Dnjepr bei Snodnow durchschritt ein Teil der Kosaken den Fluß ganz nackt, nur das Gewehr in der Hand; nachdem sie das andere Ufer schwimmend erreicht hatten, griffen sie den Feind mit dem Bajonett an, machten einen Teil nieder und nahmen die andern gefangen. Sie hielten die eroberte Stellung bis zum Eintreffen von Verstärkungen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 27. Juni. (W. Z. B.) Militärisch wird. Zwischen Gisch und Brenta sehen wir unser Vordringen dem Feinde auf den Fersen fort. Der Gegner sucht uns durch konzentrisches Feuer weittragender Geschütze und durch hartnäckigen Widerstand seiner Nachhut aufzuhalten, welche sich an den schwer zugänglichen Stellen des wechselhaften Geländes einnistet und mit zahlreichen Maschinengewehren versehen sind. Im Vallarza (Oranttal) haben unsere Truppen gestern die starken Verschanzungen von Matassone und Anghebeni (Langeben) erobert und die Eroberung des Monte Vemerle vollendet. An der Postfront sind die letzten Abteilungen des Feindes von den südlichen Höhen und vom Monte Kratta vertrieben worden; unsere Truppen haben den Wad aberschritten, Vosina und Artero besetzt und beginnen auf den nördlichen Talhängen vorzugehen. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hat unsere Infanterie, vor welcher die Kavallerie schnelle Vorstöße machte, die Linie Punta Corbin, Treviso, Conca, Pombi, Cesuna (südwestlich von Asago) erreicht. Im Nordosten hat sie das Ros-Tal überschritten und den Monte Piara, den Monte Laverle, den Epizlagerte und die Cima della Saette besetzt. Auf dem rechten Flügel haben unsere tapferen Alpenstruppen nach beständigem Kampfe die Cima della Caldiera und die Cima della Campanella südlich davon im Sturmangriff genommen. Auf der ganzen von uns besetzten Front haben wir viele Beweise der angelegenen Barbarei des Feindes gesammelt. Artero ist von Bränden verwüstet, Asago und andere blühende Ortschaften in rauchende Trümmer verwandelt. In der Umgegend des Monte Magnaboschi fanden wir die Leichen von etwa hundert unserer Soldaten ganz nackt im Schmutz. Im Seganatal ist die Lage unverändert. Im oberen Vanoi haben wir das Fognola-Massiv besetzt. An der übrigen Front kein wesentliches Ereignis. Eines unserer Flugzeuge, ein zehntes Flugzeug stark, hat gestern 50 Bomben von großem Kaliber auf den Bahnhof von Galliano (Vogarnotal) geworfen, mit offenbar sehr wirksamem Erfolge. Unsere Flugzeuge sind darauf unbeschädigt zurückgekehrt. Ein österreichisches Flugzeug ist heute vormittag während eines Luftkampfes über Verona zum Absturz gebracht worden. gez. Cadorna.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 28. Juni. (W. L. B.) Der Generalstab meldet vom 27. Juni: Die Lage an der mazedonischen Front ist unverändert. Das schwache Geschützfeuer im Tale des Wardar und auf dem Südbang des Belasitza geht täglich auf beiden Seiten weiter. Am 24. Juni haben wir durch unser Feuer die Franzosen gezwungen, ihre Stellungen nördlich der Ortschaft Gorni Boroz zu räumen. Gestern zerstörte das Feuer unserer Artillerie auf dem rechten Ufer des Wardar zwei feindliche Geschütze. Außerdem rief es eine Explosion in Munitionsdepots hervor. An der ganzen Front finden für uns günstig verlaufende Gefechte zwischen Patrouillen und Vorposten statt. Fast täglich werfen feindliche Flieger weiterhin Brandbomben auf die Felder und Gebiete der Dörfer Karaghiozlu, Karakeu, Dragla, Bainei und Ghendjeli, die am unteren Laufe der Keita liegen. Sie wurden besonders am 25. Juni heimgesucht. Am 26. Juni bombardierte ein feindliches Flugzeug wirkungslos das Dorf Merzentzi.

Keine deutschen U-Boote gesunken.

Amst. Berlin, 28. Juni 1916. (W. L. B.) Die immer wiederkehrende englische Behauptung, auch von offizieller Seite, daß eine größere Anzahl von deutschen U-Booten während der Seeschlacht vor dem Fliegeraal vernichtet worden sei, ist völlig aus der Luft gegriffen. Es hat kein einziges deutsches U-Boot an der Seeschlacht teilgenommen, und es konnte daher während der Seeschlacht auch keines verloren gehen. Auch sind sämtliche zur Zeit der Seeschlacht in See gewesenen U-Boote wohlbehalten zurückgekehrt.

Zustämpfe im Rigaischen Meerbusen.

Amst. Berlin, 28. Juni. (W. L. B.) Am 26. Juni zwang eines unserer Marineflugzeuge am westlichen Eingang zum Rigaischen Meerbusen im Kampf mit fünf russischen Flugzeugen eines derselben zur Landung.

Im Verlaufe eines weiteren Luftkampfes, der sich zwischen fünf deutschen und ebenso vielen russischen Flugzeugen in derselben Gegend abspielte, mußten zwei feindliche Flugzeuge schwer beschädigt landen. Eines unserer Flugzeuge ging infolge Trefferes in den Propeller auf das Wasser nieder und wurde versenkt. Die Besatzung wurde von anderen deutschen Flugzeugen aufgenommen und nach ihrem heimatlichen Stützpunkt gebracht.

Obwohl die Flugzeuge heftig von Beschädigern beschossen wurden, sind sämtliche Flieger und Beobachter unverletzt zurückgekehrt.

Aufbringung eines belgischen Dampfers.

Amst. Berlin, 28. Juni. (W. L. B.) Ein hier eingelaufener Postdampfer beobachtete, wie ein deutsches Torpedoboot einen Fischdampfer aufbrachte, anscheinend belgischer Nationalität, der nach Breskens oder Brielze gehört.

Oesterreichisches Dementi.

Wien, 28. Juni. (W. L. B.) Gegenüber einer Stefanimeldung, daß am 25. Juni italienische Einheiten in Durazzo zwei Dampfer von 5000 bzw. 3000 Tonnen, beladen mit Waffen und Munition, versenkt hätten, stellt das Wiener I. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau fest, daß nur ein leerer Dampfer von 500 Tonnen versenkt wurde. Alles übrige existiere nur in der Phantasie der Agenzia Stefani.

Preis- und Lohnfragen in England.

Aus Amsterd. wird uns geschrieben: Eine Delegation der Arbeiterorganisationen hat am 22. Juni dem Vorsitzenden des englischen Arbeitsamts eine Reihe von Forderungen unterbreitet. Die Hauptforderung ging dahin, daß das Arbeitsamt mit Hinblick darauf, daß die von der Regierung durchgesetzte Begrenzung der Löhne eine den gestiegenen Lebenskosten entsprechende Lohnsteigerung verbiete, die Lebensmittelpreise reguliere. Insbesondere solle der Staat den inländischen Pächtern die Weizenpreise diktiert. Die Pächter hätten erklärt, daß sich bei einem geringeren Preise als 40 Schilling für den Quarter der Anbau nicht lohne, aber im Juni 1915 sei der Preis auf 60 Schilling gestiegen. Auch forderte die Delegation die Verbilligung des Kohlenpreises für die kleinen Verbraucher.

Der Präsident des Handelsamts Harcourt erwiderte mit Hinweis auf den Arbeitermangel, den Schiffmangel, die Bedürfnisse der Alliierten und andere Schwierigkeiten. Die Festsetzung von Höchstpreisen, schloß er, würde die einheimische Erzeugung und die Zufuhr aus neutralen Ländern vermindern. Die Regierung werde, sobald das zum Studium der Lebensmittelpreise eingesetzte Spezialkomitee des Arbeitsamts (das sich gleichfalls am 22. versammelt hatte. Am. d. Ver.) seinen Bericht erstattet habe, so schnell wie möglich Beschlüsse in dieser Frage fassen.

Die Exekutivkommission des britischen Vergarbeiterverbandes hat beim Arbeitsamt gegen eine 4 Schilling gegenüber dem Tonnenpreis vor Kriegsausbruch übersteigende Erhöhung des Preises für Hauskohle Protest erhoben. Der Verbandsvorsitzende Genosse Smillie führte in einem Interview dazu folgendes aus: Vor einigen Tagen haben die Kohlengrubenbesitzer eine weitere Erhöhung des Preises der Hausbrandkohle um 2 Schilling 6 Pence bis 8 Schilling für die Tonne in Aussicht gestellt. Die Verbandsexekutive legt Wert darauf, klar zu machen, daß die Vergarbeiter in keiner Weise für die Preiserhöhung verantwortlich sind, sondern nur die Unternehmungen, die schon jetzt riesige Profite machen. Die weitere Preiserhöhung der Kohle muß schon darum bekämpft werden, weil ein großer Teil der Produktion für Betriebe, die für die Regierung arbeiten, in Anspruch genommen wird und der neue Aufschlag so größtenteils von den Steuerzahlern bezahlt werden müßte. Die Verteuerung der Hauskohle würde aber auch namentlich die schlechter bezahlten Arbeiterschichten schwer treffen. Wahrscheinlich würde sie Forderungen von Lohn erhöhungen hervorrufen. Die Vergarbeiter sind nicht gewillt, zuzulassen, daß die Preiserhöhungen einfach in die Taschen der Vergarbeitereliten fließen. Aber die Vergarbeiter wünschen keine Preiserhöhung zum Zweck einer Lohn-erhöhung für sich selbst.

Letzten Monat erhielten laut „Daily Telegraph“ 870 000 Arbeiter Lohn erhöhungen, die sich auf 81 000 Pfund die Woche belaufen, und zwar erhalten Landarbeiter in den nördlichen Provinzen Englands, gemäß „Daily Express“ vom 17. Juni, jetzt neben freier Unterkunft und Verpflegung einen Wochenlohn von 2 Pfund.

Die Löhne der schottischen Bergleute sind laut „Daily Chronicle“ vom 16. Juni von 9 sh auf 9 s 6 p pro Tag hinaufgesetzt worden; die Bergleute hatten 1 sh Lohn-erhöhung gefordert.

6000 Waller Stahlarbeiter saßen laut „Morning Post“ vom 19. Juni am 17. Juni einen Beschluß in Cardiff, der die Abschaffung der Höchstlohn-erhöhung fordert. Eine Abordnung soll dem Handels-

ministerium die Sache der Arbeiter unterbreiten. Falls kein zufriedenstellender Schiedspruch zustande kommt, sollen die Arbeitsverträge gekündigt werden. Die betroffenen Werke sind Ebbw Vale, Gfartsha und Dowlas, Cardiff.

London, 26. Juni. (W. L. B.) „Daily News“ meldet: Der Aus-stand der Baumwollspinner in Bradford, der etwa 15 000 Textil-arbeiter berührt, dauert fort. Er zieht andere Industrien in Mit-lebenschaft. Die Arbeiterführer sind gegen den Ausstand, dessen Ursachen die Ablehnung von Lohnforderungen sind.

Das Planemachen der Pariser Wirtschafts-konferenz.

Paris, 27. Juni. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Der Ministerrat hat die Beschlüsse der wirt-schaftlichen Konferenz der Alliierten geprüft und den Bei-tritt der französischen Regierung zu allen ihren Ent-schließungen ausgesprochen.

Die parlamentarischen Handelsausschüsse der Alliierten Mächte werden sich in dieser Woche gleichzeitig mit den Vor-arbeiten für die nächste interparlamentarische Konferenz be-schäftigen. Der Vorstand des französischen Ausschusses hat bereits einen Einfluß der abgehaltenen Konferenz auf die Wirtschaftspolitik der Alliierten festgestellt. Auf dem Pro-gramm der nächsten Konferenz steht die Vereinheitlichung der beim erstenmal den parlamentarischen Vereinigungen in Paris vorgelegten Fragen und die Ausarbeitung von Maßregeln, welche die Handelsbeziehungen zwischen den jetzt Kriegführenden regeln sollen, besonders:

1. Verbot des Handels mit dem Feinde. 2. Ausführung bestehender Verträge. 3. Eintreibung von Schuldforderungen bei den Feinden. 4. Einziehung feindlichen Eigentums. 5. Patent- und Fabrikmarkenrecht. 6. Einfuhr- und Ausfuhr-verbote. 7. Organisation nach dem Handelskriege: Zoll-einigungen zwischen den Alliierten, Aufsicht über naturalisierte Ausländer usw.

Außerdem wird eine Vereinheitlichung der Gesetze über Vergütung der Kriegsschäden in den verschiedenen Ländern erwogen.

Die nächste Konferenz wird über einheitliche Grundsätze gegenüber falscher Warenbezeichnung, über internationale Maßregeln zur Ueberwachung deutscher Versicherungsgesell-schaften, über eine Durchsicht der Brüsseler Akte, betreffend den Waffen- und Alkoholhandel in den Kolonien der Entente und über eine Vereinheitlichung von Zollbezeichnungen zu beschließen haben.

Im Dezember wird eine Konferenz der Alliierten in Paris zusammentreten, um die Grundlagen für ein Kartell ihrer Handelsmarine festzulegen.

Die holländische Kriegssteuer beschlossen.

Haag, 28. Juni. (W. L. B.) Die Zweite Kammer hat zwei Gesetzesentwürfe angenommen, die eine außerordentliche Kriegssteuer auf Vermögen und Einkommen vorsehen. Man erwartet von dieser Steuer ein Erträgnis von 100 Millionen Gulden.

Zur Frage der Disziplin.

Der „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Partei, berichtet über einen Vorfall aus der italienischen Arbeiterbewegung, der die Disziplinlosigkeit jener sonst die Disziplin stets im Munde führenden Gewerkschaftsführer kennzeichnet, die jetzt in ihrem Kampf gegen die ihnen nicht genehme grundfahrene Pal-tung der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen sich ostentativ über den Willen der Massen und die Beschlüsse der Organisationen hinwegsetzen und Politik auf eigene Faust treiben.

Bekanntlich hat der Räte Rat stattgefundenes Generalkongress der Confederazione del Lavoro, der italienischen Gewerkschaftszentrale, unter Mitwirkung der Teilnahme des Generalsekretärs Rigola an der Pariser Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer der Ententeländer den Beschluß gefaßt, die Teilnahme an der geplanten Vorkonferenz der Gewerkschaftsführer der Ententeländer in London abzulehnen, da derartige Konferenzen der Arbeiter einzelner Mächtegruppen nur geeignet sind, die Spaltung der Arbeiterinter-nationale zu vertiefen. Nun hat aber neulich der Vorstand der Arbeitskammer von Genua-Sampierdarena eine Resolution angenommen, in der sie dem Londoner Kongress zustimmt und ihm die „Zustimmung aller Genossen“ überfendet. Das Mitglied der Arbeitskammer, Felice Sommariva, erhebt dagegen im „Avanti“ Protest und weist besonders darauf hin, daß dieser Be-schluß gefaßt wurde, ohne die Anschauungen der angeschlossenen Verbände und Mitglieder zu hören, von denen viele Gegner dieses Beschlusses seien.

Der „Avanti“ bemerkt zu diesem Protest des Genossen Sommariva:

„Die Arbeitskammer von Genua-Sampierdarena ist eine von jenen Arbeiterorganisationen, die stets eine große Liebe für die Disziplin zur Schau getragen haben. Die Führer der Kammer servierten uns diese Disziplin in allen nur möglichen Saucen. Seit dem Ausbruch des Krieges aber haben diese braven Leute ganz und gar die Fassung und damit auch die Disziplin verloren. Und so fassen sie denn Beschlüsse, die im absoluten Widerspruche zu denen der Gewerkschaftszentrale (Confederazione del Lavoro) stehen und hierbei werden die Mitglieder dieser Organisation überhaupt nicht gefragt.“

So haben wir denn heute folgende Situation, die in Wahrheit recht komisch ist. Ludovico Galda, der zuerst das Sekretariat der Confederazione del Lavoro niederlegte, weil er nicht mit der Masse der Organisierten in der Frage des Krieges übereinstimmte und hierauf seine Demission bis zur Beendigung des Krieges wieder zurückzog, beschließt jetzt zusammen mit den kriegsfreundlichen Syndikalisten nach London zu gehen, in voller Uebereinstimmung mit jener französischen Confédération Général du Travail, gegen die er stets die feurigsten Geschosse schleuderte. Und hierdurch setzt er sich in vollen Widerspruch mit der Leitung der italienischen Gewerkschaftszentrale, deren Mitglied er ist.

Und die guten Arbeiterorganisatoren und Sekretäre der Kam-mer und Föderationen, die sich über den „Avanti“ empören und seine Haltung mißbilligen und beklagen... haben auch nicht ein Wort des Bedauerns gegen den Verräter Ludovico und die Lei-tung der Genueser Arbeitskammer, die in solcher Weise ihre Pflichten als Mitglieder und Vertreter einer nationalen Arbeiter-organisation verletzen.

Das sind die heiteren Begleiterscheinungen der Situation.“

Ähnliche und weit bitterere Betrachtungen über die Disziplin-ambeter liegen sich in Halle und Pöhl auch bei uns anstellen.

„Unsere Landsleute im Auslande.“

Das Pariser russische sozialistische Blatt „Kasche Slowo“ bringt unter dieser Stichworte folgende hübsche Glosse über die politische „Geschäftsreise“ der russischen bürgerlichen Parlamentarier nach Italien:

Nr. 1. Bei dem Besuch, den die russische „parlamentarische“ Delegation den Munitionswerken in Terni, in der Nähe von Rom abstattete, übermittelte das Mitglied des Reichsrats, Fürst So-

banow-Rosnowsk den Arbeitern dieser Werke einen Gruß... von den russischen Arbeitern!

Es heißt nun, daß dieser autoritative Vertreter des russischen Proletariats sich auf telegraphischem Wege dem Protest der Re-daktion des „Prisw“ (des Organs der Plechanow-Gruppe) gegen die Unterzeichnung des Sientaler Manifestes durch die russischen Dele-gierten angeschlossen habe.

Nr. 2. Beim Empfang der leuzeren russischen Gäste im römi-schen Senat brachte der Präsident Manfredi ein Hoch aus auf den „großen und herrlichen Jaren... Alexander III!“

Enthusiastischer Beifall... Nr. 3. In der römischen Kammer wiederum wurde einem anderen Laten abel mitgespielt, und zwar dem General Lamar-mora, dessen Gäste aus dem Empfangssaal entfernt wurde.

Zur Information der Geschichtskundigen: General Lamar-mora war der Befehlshaber der piemontesischen Truppenabteilung, die zusammen mit den leuzeren Verbündeten, den Engländern und Franzosen... am Arimkrieg teilgenommen hat.

Nr. 4. An Stelle des General Lamarmora schmückte die Wüste des vergötterten Monarchen Nikolaus II. den Empfangssaal. Noch ein anderer Schmuck war vorhanden: nicht in Rarmor oder Farber, sondern in natürlicher Gestalt... Georgij Plechanow, der zu diesem patriotischen Zweck den Frieden der Olivenhaine von San Remo verließ... Für den künftigen Biographen des berühmten Sozialdemo-kraten sei bemerkt, daß die revolutionäre Unersöhnlichkeit auch hier unseren Führer nicht verlassen hat: er stand mit dem Rücken zur vergötterten Wüste!

Hughes über sein Programm.

Amsterdam, 28. Juni. (W. L. B.) Einem hiesigen Blatt zufolge erklärt die „Times“ aus New York, daß das Komitee der Fortschrittspartei mit 32 gegen 15 Stimmen beschloß, den Rat Roosevelts zu befolgen und Hughes seine Unterstützung zu gewähren. Hughes dankte in einem Telegramm, in dem er sein politisches Pro-gramm andeutet. Er wirft darin Wilson schlappere Haltung gegenüber Deutschland vor, und daß es ihm nicht gefällt sei, den Ränken von Ausländern, die sich die Vereinigten Staaten als Schauplatz für ihr Treiben wählten, ein Ende zu machen. Ferner, daß er nicht für eine entsprechende militärische Vorbereitung Sorge trug. Hughes macht Wilson für die mexikanische Tragödie verantwortlich. Wilson habe auch eingesehen, daß Schutzölle für den Handel notwendig sein würden. Die demokratische Partei sei nicht imstande, die Interessen der Nation zu fördern.

Der Konflikt mit Mexiko.

London, 27. Juni. (W. L. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Washington vom 26. Juni: Während der Vertreter Mexikos erklärt, daß Carranza im Prinzip bereit sei, die Vermittlung der spanisch-amerikanischen Republik anzunehmen, war bezeichnenderweise bei der gestrigen Besprechung Wilsons mit Führern des Kongresses und dem Vorsitzenden der Kommission für auswärtige Angelegenheiten von Vermittlung keine Rede. Man weiß, daß Lansing die Ansicht vertritt, daß es nicht zu vermitteln gebe.

„Morning Post“ meldet aus Washington vom 26. Juni: Vor Ende dieser Woche dürfte die Frage entschieden sein, ob es Krieg mit Mexiko gibt. Das Ergebnis der Besprechung Wilsons mit Mitgliedern des Kongresses war, daß ein Einmarsch in Mexiko nur dann nicht stattfinden wird, wenn Carranza die amerikanischen For-derungen annimmt, seine Gefangenen freiläßt und erklärt, daß er keine weiteren feindseligen Handlungen begehnen werde.

New York, 28. Juni. (W. L. B.) Meldung des Neuter-schen Bureaus. Die Morgenblätter erklären, daß im Falle, daß weitere Freiwillige zum Dienst in Mexiko aufgerufen werden sollten, Roosevelt sich darum bewerben wird, zum Generalmajor ernannt zu werden und 12000 voll-ständig ausgerüstete Mannschaften ins Feld führen zu dürfen. Die Rekrutierung ist schon im Gange.

Washington, 28. Juni. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Wenn Carranza die bei Carrizal gemachten amerikanischen Gefangenen nicht vor heute abend in Freiheit setzt, wird Wilson wahrscheinlich morgen den Kongress um die Ermächtigung ersuchen, sie mit Gewalt zu befreien.

London, 28. Juni. (W. L. B.) „Times“ erfährt aus New York vom 27., daß die Lage unverändert ist. Die Versuche einiger südamerikanischer Staaten, Wilson zu einer schiedsgericht-lichen Austragung des Konflikts zu bewegen, sind natürlich miß-glückt. Wilson will die Wirkung seiner Note nicht durch etwas abschwächen, was den Anschein erregen könnte, als ob es ihm mit seiner Kriegsdrohung nicht ernst sei. Es kommen noch immer ameri-kanische Flüchtlinge aus Mexiko an. Die Abreise der ersten Willigabteilungen wurde durch den Mangel an Schlafwagen verzögert. „Daily Telegraph“ erfährt aus New York vom 27. d. M.: Die Lage in Mexiko scheint sich, von Carranzas Standpunkt aus be-trachtet, gebessert zu haben, und zwar hauptsächlich deshalb, weil Ver-schiebung seine Operationsbasis hundert Meilen näher an die Grenze ver-legt haben soll. Es läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht mit Sicherheit annehmen, ob Verhing sich auf der von Mexiko vorgeschlagenen Linie zurückgezogen hat. Aber wenn man die Karte zu Rate zieht, scheint es sich so zu verhalten. Auch darüber, ob Verhing sich zurückgezogen hat, um seine Truppen zu sammeln oder um die mexikanische Regierung zu bestrafen, läßt sich nichts sagen. Es scheint aber, als ob jetzt eine Lösung ohne Krieg ge-funden werden kann, wenn Carranza auf den Wunsch der Ver-einigten Staaten eingeht und die amerikanischen Gefangenen freiläßt.

Die ABC-Staaten für friedliche Beilegung des Konflikts.

Santiago de Chile, 28. Juni. (W. L. B.) (Meldung der Agence Havas.) Es hat ein lebhafter Austausch von Mitteilungen zwischen den Staatskanzleien von Chile, Argentinien und Brasilien hinsichtlich des Konfliktes zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten statt-gefunden. Die Ansicht herrscht in den amtlichen Kreisen vor, daß der Konflikt auf friedliche Weise beigelegt werden wird.

Letzte Nachrichten.

Ansammlungen in Berlin.

Berlin, 29. Juni. (W. L. B.) Nach den bis zum späten Abend vorliegenden Berichten haben am gestrigen Tage in verschiedenen Stadtteilen größere und kleinere Menschenansammlungen stattgefunden; sie wurden, ohne daß die Polizei genötigt war, Verhaftungen vorzu-nehmen, ohne Klage gerichtet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitsnachweisfrage in der Holzindustrie.

In einer Branchenversammlung nahmen die Vergolder Stellung zu der Frage, ob sie sich als Branche dem städtischen Nachweis anschließen wollen. Vorsitzender **Wern** referierte; er verwies auf eine Erklärung, die die Branche der Vergolder zur Generalversammlung gefaßt hatte, und die lautet:

„Die Werkstatt-Kontrollkommission und die Generalversammlung delegierten der Branche der Vergolder haben der heutigen Generalversammlung folgende Erklärung zur Kenntnis zu unterbreiten:

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat unter dem 8. Juni 1916 ein Schreiben, unterzeichnet **C. Nahardt, G. Neumann**, an die Geschäftsstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes gerichtet, worin mitgeteilt wird, daß der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes seine drei Arbeitsvermittler per 1. Juli 1916 gekündigt hat.

Demnach besteht für die Arbeitgeberorganisation der paritätische Arbeitsnachweis ab 1. Juli 1916 nicht mehr.

Zwischen der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin für die Vereinigung der Goldbleistiftfabrikanten von Berlin und Umgebung und dem Deutschen Holzarbeiterverband (Geschäftsstelle Berlin) für die Branche der Vergolder, Goldbleistiftarbeiter und -arbeiterinnen wurde im Oktober 1912 ein Arbeitsvertrag geschlossen und auf dem Gewerbeamt zu Berlin niedergelegt, der bis zum 15. Februar 1917 Geltung hat.

Nach dem § 16 dieses Vertrages wird von den vertragschließenden Parteien ein paritätischer Arbeitsnachweis unterhalten.

Der Arbeitgeberschutzverband, unter Führung des Herrn Obermeisters **Nahardt**, hat in der Zeit des Burgfriedens den schärfsten Vertragsbruch begangen, indem er während der Vertragsdauer den paritätischen Arbeitsnachweis kurzerhand aufhob, ohne unsere vertragsmäßigen Instanzen der Schlichtungskommission angerufen zu haben.

Gegen diesen Treubruch erheben wir energischen Protest und lehnen jede Verantwortung für seine Folgen ab.

Die Generalversammlungsdelegierten und die Werkstatt-Kontrollkommission der Vergolderbranche sehen sich durch diesen Vertragsbruch gezwungen, ihren Branchenkollegen in der am 27. Juni d. J. stattfindenden Mitgliederversammlung zu empfehlen, die Arbeitsvermittlung in ihrer Branche ab 1. Juli 1916 wieder, wie vor Abschluß des jetzigen Arbeitsvertrages, durch den Verbandsarbeitsnachweis Rungestr. 30 zu regeln.

Die Funktionäre der Branche der Vergolder erwarten in gewohnter Weise dabei die Mithilfe der Organisation, des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Hierzu nahm **Glode**, der anwesend war, das Wort und gab eine umfassende Darstellung von der Entwicklung des Arbeitsnachweises in den verschiedenen Stadien. Er erklärte dann u. a.: die Generalversammlung habe bereits dem Beschluß zugestimmt; die einzelnen Branchen, die jetzt protestierten, hätten auf der vorletzten Generalversammlung, in der dieser Beschluß gefaßt wurde, dazu Stellung nehmen können; jetzt sei es zu spät. Der Verband habe die Zustimmung von ausreichenden Bedingungen abhängig gemacht, u. a. daß die Arbeitsvermittler vom paritätischen Nachweis mit übernommen würden, und daß der Verband das Vorschlagsrecht haben solle auf die Neuwahlen der Stellenvermittler. Ferner muß die Vermittlung nach dem bisherigen Reglement erfolgen. Uebrigens sei der paritätische Nachweis noch nicht aufgehoben, vorläufig schweben noch Verhandlungen mit den Zentralvorständen. Man möge die weitere Beschlußfassung bis zum Abschluß der Verhandlungen zurückstellen.

Wern als Obmann der Rahmenmacher wandte sich gegen den Beschluß der Generalversammlung. Es werde bei der Arbeitsvermittlung auch so kommen wie auf anderen Gebieten. Die Stadt bezahle und die Regierung bestimme. **Werner** befürchtet große Nachteile für die Arbeiter von der Neuregelung.

Glode meinte, mit dem paritätischen Nachweis sei man schon nicht zufrieden gewesen, mit dem städtischen würde es noch schlechter werden. Die Vergolder hätten zu überlegen, ob sie mitmachen und nicht lieber so lange warten, bis sie dazu gezwungen würden. **Werner** befürchtet, daß bei der Neuregelung der Bureaukratismus sich zu sehr ausbreiten werde. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Vergolder in der Generalversammlung nicht unterdrückt würden.

Späthe trat diesen Rednern entgegen, indem er erwähnte, nicht aus der Reihe zu tanzen, sondern Disziplin zu üben und die Verhandlungen abzuwarten.

Obmann Wern von den Vergoldern führte aus, er habe immer geglaubt, daß die Branchen mitzureden hätten in der Frage, welchem Nachweis sie sich anschließen möchten. **Nahardt** habe den Nachweis aufgehoben, also sei es Sache der Branchen, zu bestimmen, welchem Nachweis sie nunmehr den Vorzug geben wollten.

Mehrere andere Redner äußerten sich ähnlich. **Glode** hielt dem entgegen: Der Vertrag ist vom Verband abgeschlossen im Auftrag der Branchen. Alle Branchen bildeten aber einen einzigen Verband und jede einzelne müsse sich den Beschlüssen der Gesamtheit fügen. Der weitgehendste Einfluß bei der Vermittlung wird natürlich angestrebt werden.

Damit war die Versammlung einverstanden. — Auch die **Bilderrahmenmacher** beschäftigten sich in ihrer Versammlung mit der Frage der Arbeitsvermittlung.

Wern referierte. Nach langer Debatte, in der alle Redner die Ausführungen des Referenten unterstützten, u. a. auch der Obmann der Vergolderbranche, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 26. Juni tagende Versammlung der Bilderrahmenmacher verlangt entschieden von der Verwaltung, den Nachweis für die Branche wieder in eigene Hände zu nehmen.“

Ferner stimmte die Versammlung der von den Vergoldern in der Generalversammlung gefaßten Erklärung inhaltlich vollständig zu.

Die Lage der Rohrleger wurde am Dienstag in einer Branchenversammlung der Rohrleger und Helfer insofern als günstig bezeichnet, daß Arbeitslose fast gar nicht vorhanden sind, also kein Mangel an Arbeitsgelegenheit herrscht. Hinsichtlich der Löhne wurde dagegen ausgeführt, daß dieselben zur Lage des Arbeitsmarktes, besonders aber zur Höhe der Lebensmittelpreise in einem ungünstigen Verhältnis stehen. Zwar haben die Unternehmer vor einem halben Jahr Feuerzulagen bewilligt, trotzdem erreicht der Stundenlohn der Rohrleger — wie eine kürzlich vorgenommene Feststellung des Metallarbeiterverbandes ergibt — nur selten die Höhe von 1—1,20 M. In den verschiedensten Abstufungen geht der Lohn bis zu 80 Pf. hinab. Der Stundenlohn der Helfer ist in den höchsten Fällen 75 Pf. und geht hinab bis zu 65 Pf. Die neunstündige Arbeitszeit wird im allgemeinen innegehalten. Soweit festgestellt werden konnte, werden bei vier bis fünf Firmen regelmäßig, bei zwei Firmen unregelmäßig Überstunden gemacht. Den Versammelten wurde nahegelegt, ihre Löhne auf eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Höhe zu bringen.

Deutsches Reich.

Eine Gewerkschaftskonferenz für Westdeutschland

tagte am Sonntag, den 25. Juni, im Gewerkschaftshaus in Bremen. Anwesend waren 51 Delegierte. Die Konferenz war zusammengesetzt aus Vertretern der Gewerkschaften und Gewerkschaftsartelle des Nordwestdeutschen Bezirks zwischen Weser und Elbe.

Bericht: **Alfred Dieckhoff, Neufahrn. Im. Ratenteil bezantm.**

Arbeitersekretär **Tronke-Bremerhaven** referierte zunächst über: „Die Arbeitsnachweise im Regierungsbezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten“. Nach einer kurzen geschichtlichen Darstellung über die Entwicklung des Arbeitsnachweises in Deutschland besprach er die Maßnahmen, die in der Arbeitsvermittlung nach dem Kriege getroffen werden müßten. **Werner** befragte eine Zentralisation der Arbeitsvermittlung und besprach dann die Tätigkeit der Arbeitsnachweise im Bezirk. Nach einem Gutachten, das der Magistrat in Gesehsmünde bei der dortigen Handwerkskammer einholte, besteht ein Bedürfnis für einen kommunalen Nachweis nicht. Auch war, um die Arbeitsvermittlung zu vereinfachen, beantragt worden, die drei vorhandenen Arbeitsnachweise in ein Gebäude zu verlegen. Auch dieser Antrag, der vom Bürgermeister in Bremerhaven gestellt wurde, ist abgelehnt worden. Ebenso kam von Stade eine ablehnende Antwort. Nachdem der Redner noch die Frage der Arbeiterstatistik besprochen, machte er den Vorschlag, eine Kommission zu wählen, die direkt mit dem Generalkommando verhandelt. Sollten die Verhandlungen scheitern, dann müsse die Generalkommission eingreifen. Die Frage dürfe nicht örtlich, sondern müsse zentral über den ganzen Bezirk geregelt werden.

Der Vertreter der Generalkommission **Cohen-Berlin** sprach sodann über die Bemühungen der Generalkommission zur Verbesserung der zentralen Arbeitsvermittlung. — Die Konferenz nahm folgende Entschliessung einstimmig an:

„Die Konferenz der Gewerkschaftsartelle und Gewerkschaftsvertreter im Regierungsbezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten nimmt nach eingehender Beratung folgende Entschliessung an:

Die Konferenz ist der Auffassung, daß eine geregelte, jedem Teil gerecht werdende Arbeitsvermittlung nur möglich ist durch paritätisch geleitete und verwaltete Arbeitsnachweise.

Kommunale Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage können ihrer Aufgabe nur dann voll gerecht werden, wenn alle anderen Nachweise, die nicht auf Parität aufgebaut sind, beseitigt werden.

Die obige Voraussetzungen nicht erfüllt sind, liegt für die Arbeitnehmer keine Veranlassung vor, ihre Arbeitsnachweise aufzuheben.

Da im Bezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten bis jetzt keine ausreichenden Maßnahmen getroffen sind, die den oben angeführten Voraussetzungen entsprechen, hält es die Konferenz für dringend erforderlich, daß die Arbeitnehmer möglichst an allen Orten Nachweise errichten und da, wo solche bestehen, dieselben ausgebaut werden.

Der Errichtung von Zentralauskunftsstellen, wie diese in der Reichskonferenz vom 30. April 1915 empfohlen sind, steht die Konferenz zustimmend gegenüber. Doch kann sie den bis jetzt im Regierungsbezirk Stade und den angrenzenden Wirtschaftsgebieten bezüglich der Auskunftstellen getroffenen Maßnahmen nicht zustimmen, da diese mit den Vorschlägen der Konferenz vom 30. April 1915 und der Ministerialverordnung sowie der Bundesratsverordnung vom Mai 1915 nicht im Einklang stehen.

Die Konferenz beschließt daher, eine Kommission zu beauftragen, durch eine Eingabe an das Stellvertretende Generalkommando in Altona diesem die Ansicht der Arbeiterklasse zu unterbreiten. Zugleich soll auch die Kommission durch mündliche Verhandlungen mit dem Stellvertretenden Generalkommando alle Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung des genannten Bezirks vortragen.

Der Generalkommission soll von dieser Stellungnahme der Konferenz Mitteilung gemacht werden.“

In die Kommission wurden **Wesle-Bremen, Koch-Hamburg** und **Tronke-Bremerhaven** gewählt.

Aus der Partei.

Zur Richtighaltung.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bemerkt die Redaktion in einer „In eigener Sache“ überschriebenen Notiz, daß eine Erwiderung der Redaktion auf die Richtighaltungen des Parteivorstandes von letzterem zur Veröffentlichung nicht zugelassen sei. Diese Behauptung ist unrichtig.

Richtig ist, daß der Parteivorstand nicht gewillt ist, seine Veröffentlichungen von der „Vorwärts“-Redaktion in der gleichen Weise behandeln zu lassen, wie sich das andere der Redaktion nicht genehme Mitarbeiter gefallen lassen mußten. So, um nur Beispiele aus der jüngsten Zeit anzuführen, die Genossen **Heinrich Schulz** und **Heinrich Cunow**. Die Artikel dieser Genossen suchte die „Vorwärts“-Redaktion sofort herabzusetzen bzw. zu entwerfen, indem sie ihnen entsprechende Bemerkungen unmittelbar vorausschickte oder anschoß. Gegen die Verantwortung seiner Aufschriften hat der Parteivorstand natürlich gar nichts einzuwenden, und so hätte der „Vorwärts“ heute seine Entgegnung ohne weiteres veröffentlicht können, denn sie sollte nur bis zur heutigen Nummer zurückgestellt werden. Jedemfalls wird es der Parteivorstand nicht dulden, daß seinen Aufschriften, für die er vor der Gesamtpartei die volle Verantwortung trägt, in Gestalt der bekannten Redaktionsanhänger sofort verwirrende Kommentare beigegeben werden.

Berlin, den 28. Juni 1916.

Der Parteivorstand.

Genosse Segitz lehnt eine Wiederwahl zum Reichstag ab.

In der „Frankfurter Tagespost“ veröffentlicht Genosse **Segitz**, der Abgeordnete für **Fürth-Erlangen**, eine Erklärung, woraus hervorgeht, daß er die Vertrauensleute seines Wahlkreises gebeten hat, von seiner Wiederaufstellung als Reichstagskandidat abzulehnen. Genosse **Segitz** ist bayerischer Landtagsabgeordneter, Gemeindefeldbesorger und Redakteur am dortigen Parteiblatt, außerdem ist ihm nun auch der Vorsitz der Landtagsfraktion übertragen worden, der seine Anwesenheit in München während der Landtagsession zur Pflicht macht. Er glaubt daher in Zukunft den Verhandlungen des Reichstags nicht mehr die nötige Aufmerksamkeit schenken zu können.

Eine Wahlkreis-Konferenz für **Fürth-Erlangen** beschäftigte sich bereits am Sonntag mit der Aufstellung eines Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. Nachdem von allen Diskussionsrednern die Verdienste des Genossen **Segitz** genügend bekannt waren, beschloß die Konferenz, den Landtagsabgeordneten für den **Hersbruder-Kreis**, Genossen **Hans Vogel**, als Reichstagskandidaten aufzustellen.

Die Parteipresse zur Berliner Verbandsgeneralversammlung.

Im allgemeinen bekränkt sich die Parteipresse darauf, einen von einem Berliner Korrespondenzbureau verbreiteten Bericht ohne Kommentar abzuhandeln. Von den wenigen Blättern, die sich kritisch äußern, lassen wir zunächst Ausführungen aus einem Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ folgen. Sie schreibt:

Zu diesem und den anderen günstigen Ergebnissen der Tagung trug wesentlich die klare Besonnenheit bei, die die Berliner Genossen bei aller Entschlossenheit, reinen Tisch zu machen, zu bewahren wußten. Sie haben der Rechten keine Gelegenheit gegeben, über formale Versäße gegen die Statuten zu föhren und sie zum Vorwand von Sprengungsversuchen zu nehmen. Dieser Zug klugen, nüchternen Ermessens in den von echter, tiefer, innerer Leidenschaft getragenen Verhandlungen ist für den Zuhörer eine der erfreulichsten Entdeckungen des bedeutamen Tages. Sie erfüllt uns mit der Zuversicht, daß das Kapital an politischer Kraft und proletarischem Vertrauen, das die Opposition in Groß-Berlin zu sammeln mußte, sorgsam und sachgemäß verwaltet werden wird, daß die Berliner Bewegung der Gefahr sowohl des Zerfalls als des wilden Fortschreitens der gesammelten Wässer zu entgehen wissen wird.

Sie wird den Geist grundsätzlicher Politik mit der richtigen Einschätzung der realen Verhältnisse zu verbinden, sie wird entschlossen zu handeln wissen, ohne sich zu Unüberlegtheiten hinreißen zu lassen. Dieses Vertrauen haben wir als Zuhörer der Verhandlungen gewonnen.

Mit Entschiedenheit und großer Wehrheit hat die Generalversammlung sich für die richtige Methode entschieden, den Kampf gegen die „Rechtse“ im Rahmen der Organisation zu führen, der Rechten keinen Vorwand zu liefern, die unangenehme Opposition hinauszuwerfen. Gewiß gibt es Anhänger der Beitragsperre in Groß-Berlin, aber Erwartung — oder Hoffnung? — der Rechten, die in dem oben erwähnten Stamperartikel und anderer Meinungen der Rechten zum Ausdruck kam, daß die Vertretung Groß-Berlins am Sonntag sich durch einen Beschluß auf Beitragsperre „außerhalb der Organisation“ stellen werde, ist durchaus nicht eingetroffen. Auch nicht die Hoffnung auf einen müßigen, zerstörenden Kampf zwischen den beiden Richtungen der Opposition. An lebhaften Auseinandersetzungen zwischen ihnen hat es nicht gefehlt. Sie waren schärfer, als dies in dem Bericht zum Ausdruck kommen kann. Aber all das ging über den Rahmen dessen, was erträglich ist, nicht hinaus. Wenn die Auseinandersetzung der beiden Richtungen sich in dieser Art weiter bewegt, so ist eine Selbsterleuchtung der Opposition, auf die die Rechte wartet und vertraut, nicht zu befürchten, so wird eine Einheit der Aktion, wo sie gegen den gemeinsamen Gegner notwendig ist, möglich bleiben, und zugleich wird das Bedürfnis nach Klärung und Grundtätigkeit nicht zu kurz kommen. Es ist das erfreuliche an den Verhandlungen der Generalversammlung, daß sie ein praktisches Zusammenarbeiten der beiden Oppositionsrichtungen zeigte, ohne daß deshalb eine von ihnen auf die Vertretung ihrer Anschauungen zu verzichten brauchte. Wo die Richtungen ihre Stärke moßen — auch darauf brauchte nicht gänzlich verzichtet zu werden, wenn es auch nicht die Regel bilden dürfte —, wie bei der Wahl des Schriftführers zum Zentralvorstand, wie bei der Wahl zum Parteiaussschuß, wie bei der Abstimmung über die Resolution Luxemburg, da zeigte sich, daß die Richtung **Hoffmann-Ledebour** etwa vier Fünftel der Opposition mustert gegen ein Fünftel der Richtung **Liebnecht-Luxemburg**. Daß auf solche Weise die Kräfteverhältnisse der beiden Richtungen in Groß-Berlin einmal in relativ einwandfreier Weise festgelegt werden konnten, ist auch ein Gewinn der Generalversammlung, der dem Verhältnis untereinander zugute kommen dürfte.

Das **Volksblatt** bemerkt:

Die von **Rosa Luxemburg** geforderte Beitragsperre ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden, weil die Führer der Arbeitergemeinschaft sich einig sind, daß dieses Mittel unflug wäre und ihrer Sache nur schaden könnte.

Dennoch ist **Rosa Luxemburg** der Sieger. Und zwar vermöge ihrer schärferen Logik und ihrer Klugheit, soweit sie sich auf die Durchföhrung der eigentlichen parteipolitischen Ziele richtet. **Rosa Luxemburg** will die deutsche Arbeiterbewegung auf die Bahn eines russisch-revolutionären Fußbetriebes bringen. Die Politik der deutschen Arbeiterbewegung, die auf Beeinflussung der Gesetzgebung, auf legale Benutzung der vorhandenen Einrichtungen gerichtet ist, die die Arbeiterklasse organisieren, die öffentlichen Einrichtungen mit dem Arbeiterelement durchziehen, die Arbeiter durch eine vernünftige, aus den Verhältnissen abgeleitete und ihnen angepaßte Reformarbeit allmählich wirtschaftlich, geistig, sozial heben, sie damit zur Gleichberechtigung in der Gesellschaft und so zur Mitwirkung im öffentlichen Leben reif zu machen, um schließlich auf diesem Wege alle öffentlichen Einrichtungen dem Interesse der Arbeiter (im weitesten Sinne) dienbar zu machen — diese gezielte friedliche Politik, die nicht aus der Klugheit oder Unklugheit einzelner Führer, sondern aus der Geschichte und den politischen Zuständen Deutschlands hergeleitet ist und sich immer wieder durchziehen wird allen Revolutionsphrasen zum Trotz, wird von **Rosa Luxemburg** grundtätlich und konsequent bekämpft. Auf ihr entgegengesetztes Ziel arbeitet sie mit wohlüberlegten Mitteln hin. Das will die Arbeitergemeinschaft nicht. Sie will auch im Augenblick nicht die Mittel der **Rosa Luxemburg**. Aber — sie wird vor der klugen Frau **Schritt** um Schritt zurückweichen müssen. Der Sieger in der Opposition wird **Rosa Luxemburg** sein. Wer freilich der Sieger sein wird in dem großen Kampfe um die Politik der deutschen Arbeiterklasse, das steht auf einem anderen Blatte. Darüber werden wir noch zu reden haben. **Rosa Luxemburg** ist eine kluge Revolutionsdämonin, ihre allgemeinpolitische Einsicht ist jedoch durch ihre russischen Scheuklappen gar eng begrenzt.

Einstweilen also, obwohl formell unterlegen, triumphiert sie schon jetzt in der Berliner Opposition. Der Beschluß, den Dr. **Werner** zu halten trotz seiner Propaganda für Beitragsperre, **Rosa Luxemburgs** Wahl als Stellvertreter Stadtorgans für den Parteiaussschuß; das ist der wirkliche Sieg der Luxemburgischen Parteispaltungspolitik. Denkt daran, ihr klugen Berliner Politiker, die ihr euch jetzt als Herren der Lage föhlt: **Rosa Luxemburg** hat euch allesamt in der Falle!

Die „Brandenburger Zeitung“ äußert:

So zeigte die gestrige Generalversammlung, die die erste während des Krieges in Berlin war, daß man bei aller immer wieder herbordrehenden Erregung gegen den Parteivorstand und sein Verhalten im „Vorwärts“-Konflikt usw. sowie gegen die Politik der alten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dennoch das Meisteste zu verhalten bestrbt ist. Das wird freilich bei der leider weiter eingetretenen Verbitterung und Vergiftung des Parteilebens nicht leicht sein, aber man konnte doch gestern sehen, daß gewisse unverantwortliche und loßlose Treiberer in Berlin noch nicht allzu viel Boden gewonnen haben. Wir hoffen, daß auch auf der anderen Seite beim Parteivorstand trotz aller harten Worte hinreichendes Verständnis für die Wünsche der Berliner Genossen vorhanden ist, um nicht durch Gewaltmaßnahmen, wie sie sich z. B. in der preussischen Landeskommission infolge der Nichtwiederwahl der Genossen **Ernst Richter** und **Wölle** anfündigten, den notwendigen Ausgleich für das Zusammenwirken bis zum nächsten Parteitag zu verhindern. Noch ist es Zeit, das Parteileben wieder einigermaßen zu erhalten, die radikalen Kräfte der Gesamtbewegung einheitlich zu erhalten und die Partei vor der Zersplitterung zu bewahren, die von Berlin ihren Ausgang nehmend, weite Kreise in unübersehbarer Nähe bedrohen würde.

Zum „Vorwärts“-Konflikt schreibt die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ (Duisburg):

Wenn der „Vorwärts“ Zentralorgan ist, ist er eben nicht lediglich Organ der Berliner Genossen. Aber auch wenn er dies ist, so ist es bedauerlich, daß er in Verkennung der Sachlage die Einigkeit der Partei untergräbt und dadurch unseren Segnern nützt. Eine Zensur, die eine Parteinstanz über ein Parteiblatt ausübt, ist gewiß bedauerlich. Es fragt sich nur, wer eine solche Maßnahme verschuldet hat. Wenn der „Vorwärts“ sich ständig bemüht, gegen die Partei zu arbeiten, statt der Partei zu dienen (wenn auch in dem guten Glauben, gerade durch sein Vorgehen unserer Sache zu nützen), so beschwört er selbst die Einmischung des Parteivorstandes in seine Redaktionsführung herauf. Uebrigens ist dem Inhalt des „Vorwärts“ kaum anzumerken, daß der Parteivorstand ein Zensurrecht ausübt. Die Redaktion wirkt ständig zugunsten der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft und gegen die Fraktion.

Eingegangene Druckschriften.

Nach dem Kriege. Ein Auszug aus dem Werke „Die allgemeine Wählerliste“. Von **Josef Popper-Lynkeus**. 2. Auflage. Verlag **Karl Reichner**, Dresden.
Kriegsdienstbuch. Ein Handlexikon über den Weltkrieg. Von **Ulrich Steindorff**. Mit 5 Karten. Geb. 3 R. Geb. 3,50 R. Verlag **D. G. Teubner**, Leipzig und Berlin.
Der letzte **Philosoph**. Von **Eduard Meißinghoff**. Fr. 2,50 R. — Verlag **Jussinger**, Berlin W. 35.
Kriegsereignisse 1916. Heft März/Mai. Verlagsbuchhandlung **Boll u. Wiedrich**, Berlin NW 6.
„**Balladen**“. Der Deutsche Krieg im Deutschen Gebiet. Von **Julius Bab**. Jedes Heft 50 Pf. — Verlag **Roman u. Schell**, Berlin W. 50.
Bericht: **Alfred Dieckhoff, Neufahrn. Im. Ratenteil bezantm.**

Die Eingabe der Wirtschaftsverbände.

Gegenüber einer Behauptung, als ob der Handwerks- und Gewerbelammertag und der Zentralverband deutscher Innungsverbände zu Unrecht auf die Liste der Unterzeichner obgenannter Verbandsdenkschrift gesetzt worden seien, gibt die „Deutsche Tageszeitung“ eine beachtenswerte Darlegung des Zustandes der Denkschrift und der Unterschriftenammlung:

Zuerst, so schreibt sie, waren zu einer Besprechung der Kriegsziele zusammengetreten: Der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Zentralverband deutscher Industriellen, der Bund der Industriellen, der Hansabund und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband. Diese sechs Verbände richteten eine Bittschrift um Freigabe der Erörterung über die zu erstrebenden Friedensbedingungen an den Reichstagspräsidenten, in welcher die Kriegsziele der Wirtschaftsverbände in näheren Umrissen dargelegt werden sollten. Die Unterzeichnung dieser Denkschrift lehnte der Hansabund ab, da unter seinen leitenden Persönlichkeiten die Ansicht vorherrschte, daß die Zeit für eine solche Eingabe noch nicht gekommen sei. Diese Denkschrift, vom 10. März 1915, wurde also zunächst nur von den anderen fünf Verbänden unterzeichnet. Zu ihnen gesellten sich dann aber die christlichen deutschen Bauernvereine; und unterm 20. Mai 1915 wurde dem Herrn Reichstagspräsidenten eine neue Eingabe überreicht, die die Denkschrift vom 10. März 1915 wiederholte und nähere Ausführungen dazu machte. Um diese Eingabe, die also vom Bund der Landwirte, vom Deutschen Bauernbund, vom Westfälischen Bauernverein als Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine, vom Zentralverband deutscher Industrieller, vom Bund der Industriellen und vom Reichsdeutschen Mittelstandsverband unterzeichnet war, handelt es sich bei dem durch die Indiskretion des Abgeordneten Scheidemann hervorgerufenen Streit. Die vom „Berliner Tageblatt“ erwähnten Handwerkerverbände finden sich, im Gegensatz zu seiner Behauptung, nicht unter den Unterzeichnern; ihr Name ist also in keiner Weise „mißbraucht“ worden; sie haben mit dieser Denkschrift nichts zu tun gehabt.

Bei diesen Verbänden handelt es sich vielmehr um folgendes: Nachdem die Denkschrift vom 20. Mai 1915, die allein von den oben genannten sechs Verbänden unterzeichnet war und vertreten worden ist, durch Ueberreichung an den Reichstagspräsidenten erledigt worden war, wurde von anderer Seite angeregt, möglichst zwischen allen deutschen Wirtschaftsverbänden eine dauernde Fühlungnahme im Hinblick auf die zu erstrebenden Friedensbedingungen herzustellen. Eine nähere Mittelung über die Form, in der diese Fühlungnahme zum Ausdruck gekommen ist, müssen wir uns verweigern, da wir dazu nicht ermächtigt sind, die Vorgänge im einzelnen auch gar nicht kennen. Es genügt der Hinweis, daß die Handwerkerverbände auch von dieser anderen Seite für die Denkschrift ebensowenig „mißbraucht“ werden könnten wie von den Unterzeichnern der Denkschrift, die für diese weiteren Handlungen überhaupt keine Verantwortung tragen.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ benutzen die Gelegenheit, um noch auf die stattliche Reihe der Verbände hinzuweisen, die sich inzwischen zur Förderung national-wirtschaftlich erwünschtester Friedensziele den sechs großen Verbänden angeschlossen haben. Es sind das der Deutschnationale Handlungsgesellschaftenverband, der Verein für Handlungsgehilfen von Jahre 1868, der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine zu Frankfurt a. M.; ferner die christlichen deutschen Bauernvereine (mit dem

Westfälischen Bauernverein als Vorort) — diese auch zu der Eingabe an den Reichstagspräsidenten vom 20. Mai 1915.

Des weiteren haben sich den Vereinigten Verbänden im Laufe des vergangenen und des laufenden Jahres angeschlossen der Verband der Rabatt-Sparvereine Deutschlands, der Bund der Festbesoldeten, der Verband der katholischen Arbeitervereine Deutschlands, die Deutsche Mittelstands-Vereinigung in Berlin, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Deutsche Techniker-Verband, der Bund vaterländischer Arbeitervereine und der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine.

Neuen Meldungen zufolge sind den Verbänden ferner angegeschlossen die Unterzeichner der sogenannten Professoreneingabe an den Reichstagspräsidenten (325 Hochschulprofessoren, 148 Richter und Anwälte, 145 Bürgermeister und höhere Verwaltungsbeamte, 158 Geistliche und Schulmänner, 40 Parlamentarier und 18 inaktive Admirale und Generale); außerdem ähnlich zusammengesetzte Gruppen in München und Karlsruhe. Im Beirat der Vereinigten Verbände sind außerdem vertreten die Vorsitzenden oder Vertreter der Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung und Bildung, des Vereins für das Deutschtum im Ausland, des Deutschen Wehrvereins, des Altsächsischen Verbandes, des Deutschbundes, des Niedersächsischen Bundes deutscher Burschenschaften, der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, des Evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer, des Hauptauskunftsbüros für Kriegserheimsstätten, sowie eine Reihe von Einzelmitgliedern, wie Abg. Sacmeister, Abg. Girsch, Abg. D. theol. Traub, Generallandschaftsdirektor Dr. Rapp, Vizeadmiral Rischhoff und Geheimrat Rixdorf.

Politische Uebersicht.

„Wir brauchen die Sozialdemokraten.“

Die Polemik der bürgerlichen Presse über den „Fall Rapp“ ist durch die Rede des Freiherrn v. Jedity und die Nichtbestätigung Rapps von neuem angeregt worden. Während die konservativen und nationalliberalen Blätter den früheren Generallandschaftsdirektor unbedingt stützen und ein Teil der liberalen Presse ihn wenigstens entschuldigt, halten sich die Organe des Zentrums in ihrem Urteil etwas zurück. Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, betont indessen fortgesetzt, daß sie mit der inneren und äußeren Politik des Kanzlers im wesentlichen einverstanden sei. Sie schreibt:

„Auch der Betonung des Machtkompromisses sind gewisse Grenzen gezogen, deren Ueberschreitung nachteilig wirken kann — ebenso wie der Betonung des Friedensstandpunktes. Wer viele auswärtige Blätter liest und die Einwirkung der allzu schroffen machtpolitischen Auslassungen eines Teiles unserer Presse auf das feindliche und auch auf das neutrale Ausland genau verfolgt, wird das nicht bestritten können. . . Wir haben volles Verständnis für die Politik des Reichskanzlers, die auch aus der Sozialdemokratie dem Vaterlande alle nur möglichen Kräfte dienlich machen will. Oder brauchen wir die Sozialdemokraten dann nicht mehr, und wollen wir nicht auch für die Friedenszeit ihre Mitarbeit zu sichern suchen? Ist der Patriotismus der Sozialdemokratie noch jung, dann bedarf er gewisser Rücksichten, die die übrigen Parteien nicht für sich in Anspruch nehmen sollen.“

Das Zentrumsblatt will es also unserer Partei wohlwollend verzeihen, daß sie sich noch nicht zu dem Alter und der Reife des „Patriotismus“ der anderen Parteien aufgeschwungen habe. Aber sie glaubt, diese Rücksicht — ebenso wie der Kanzler — nehmen zu sollen, weil Regierung und Bürgertum die jetzige Haltung der Partei „mehrheitlich“ brauchen. Das scheint uns ein sehr offenesherziges Bekenntnis.

Ruhe, denn außer einem kleinen Soldatenheime gab es eigentlich keinen geschlossenen Raum in dem Orte, wo man sich hätte aufhalten können. Die Verpflegung war aber nicht schlecht in „Queigners Ruh“, möchte ich bemerken, daher vielleicht der große Zuspruch.

Endlich am Ziel.

„Queigners Ruh“ war natürlich nicht unser Endziel. Am anderen Morgen ging es weiter. Zeitweise schneite es ganz heftig und der Marsch durch den neugefallenen Schnee mit dem vollen Gepäck war wirklich kein Vergnügen, zumal es immer bergauf und bergab ging. Die Landschaft war nicht reizlos, ein Hügelland, das in seinem Schneeeis sich recht hübsch präsentierte. Auf die Dauer verloren die Schönheiten der Natur aber doch stark an Anziehungskraft, der siebenstündige Marsch war sehr anstrengend, der Hunger machte sich geltend, und wir waren froh, als wir unser Ziel, ein kleines Dorf hinter dem Frontabschnitt vor Dünamünde, erreicht hatten. Die Lösung des Rätsels, das uns nun fast seit vier Wochen manchmal so lebhaft beschäftigt hatte, ließ uns jetzt vollkommen laß. Doch und Poch, Essen und Ruhe interessierten uns weit mehr. Das ging aber nicht so schnell. Der Oberst bewillkommnete uns mit einer kleinen Rede, beginnend mit einem Hinweis, daß die Verhältnisse hier etwas anders wären wie in Belgien („bei merkt ein Pferd“, sagt der Berliner in solchen Fällen), und schließend mit dem Hoch auf den obersten Kriegsherrn. Dann bezogen wir unser Quartier in einem einige 100 Meter entfernten liegenden Dörfchen. Ein mit Stroh gedecktes Holzbockhaus öffnete seine gäulichen Pforten. 30 Mann in einem Raume, der 5 bis 6 Meter im Geviert hatte. Zwei Tische und Bänke, die für 12 bis 15 Mann Sitzgelegenheit boten, eine Art Ofen, der aus Backsteinen gemauert war, und die zum Heuern nötigen Holzporträde bildeten das Inventar. Der übrige Raum war von den Lagerstätten eingenommen, die in zwei Reihen übereinander angeordnet waren und aus weiswägen Drahtgeflecht hergestellt waren, das zwischen zwei Pfählen ausgespannt war. Wajagelegenheit bot der 100 Meter entfernte Bach. Beleuchtung bestand aus Kerzen, die aber nicht geliebert wurden, sondern sich jeder selbst beschaffen mußte. Ein Lichtblick war, daß es in der Nähe einen Brunnen mit einwandfreiem Wasser gab. Sehr entzückt waren wir nicht, und dabei versicherten die Kameraden, die schon länger beim Regiment waren, daß es die besten Quartiere seit langer Zeit wären. Ja, ja, die Verhältnisse waren doch etwas anders als in Belgien.

Referat.

Unsere Kompagnie lag gerade in Reserve. Es gab allerhand Arbeitsdienst. Bau von Maschinen und Rossen, die in den Schützengräben gebraucht wurden und der Besserung der Wege, denn nach einigen Tagen zog der Frühling ein und die Schneeschmelze verwandelte das ganze Land in einen Sumpf, die Wege in einen einzigen Morast und die tiefer gelegenen Stellen in Schlammseen. Viel nützte der beliebte „Wegebau“ ja nicht, da es außer an Holz an jeglichem Material fehlte, und Sonne und Wind besorgten den „Wegebau“ nach und nach doch gründlicher und besser als wir. Aber etwas half unsere Arbeit doch wohl. Eintönig flossen die Tage dahin, es gab keine Zivilbevölkerung, man konnte absolut nichts kaufen. Vergleiche mit Belgien stellten wir nicht mehr an, der Kontrast war zu groß.

Rundgebung für Bethmann Hollweg.

Leipzig, 28. Juni. Eine große Anzahl hiesiger hochangesehener Persönlichkeiten, berufener Vertreter der Juristenwelt, von Kunst, Wissenschaft, Handel und Industrie fanden sich zusammen, um dem Reichstagspräsidenten in folgender, ihm heute überreichter Adresse ihr Vertrauen und ihre Verehrung auszudrücken:

„Die unterzeichneten Bürger Leipzigs haben den Wunsch, dem Herrn Reichstagspräsidenten in dieser verantwortungsvollen Zeit ihr Vertrauen auszudrücken. Sie blicken mit Zuversicht auf den Herrn Reichstagspräsidenten, als auf den berufenen Führer des deutschen Volkes.“ Die Adresse, die im ganzen 212 Unterschriften trägt, haben unter anderen unterzeichnet: 25 Mitglieder Reichsgerichts; 34 Universitätsprofessoren; von Künstlern Max Klingner, Arthur Klisch; aus Buchhändlerkreisen: Albert Brodhaus, Ernst Meyer (der Sekretär des Bibliographischen Instituts), Alfred Ackermann (Firma W. G. Teubner), Dr. Hirt, Kommerzienrat Wiefede (Firma Wiefede u. Debrient); aus Industrie und Handel: der Handelskammerpräsident Schmidt, ferner unterzeichneten u. a. der Kreishauptmann v. Burgsdorff, der Stadtverordnetenvorsitzender Dr. Raths, der Reichstagsabgeordnete Junck, der frühere Vizepräsident des Reichstages Kammerherr v. Frege-Welgeln und Clemens Thieme, der Vorsitzende des Patriotenbundes.

Vereinsrecht und Belagerungszustand.

Eine wichtige Entscheidung fällt das Schöffengericht Halle in einer Verhandlung gegen den Parteisekretär Reimann vom sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis. R. hatte eine erweiterte Vorstandssitzung einberufen, zu der die Funktionäre der Partei gehörten. Die Sitzung hatte den Zweck, über die Einberufung einer Generalversammlung und über andere geschäftliche Dinge Beschlüsse zu fassen. Dabei wurde auch eine Resolution gefaßt, die auf die damals im Haag geplante internationale sozialistische Friedenskonferenz Bezug nahm und den Parteivorstand aufforderte, offizielle Vertretung zu senden. Dieser für Berlin bestimmte Beschlus kam durch ein Versehen auf die Redaktion des „Vollblattes“ und wurde in Druck gegeben. Die Zensur gab dann die Sache weiter und Reimann hatte sich wegen Vergehens gegen das Belagerungsgesetz zu verantworten. Er habe eine politische Versammlung einberufen, ohne sie 48 Stunden vorher anzumelden, wie das der Korpsbefehl verlange.

Reimann, der sich selbst verteidigt, macht geltend, daß es sich lediglich um eine geschäftliche Sitzung gehandelt hätte. Der Personenkreis, der nur aus Vorstandsmitgliedern bestand, sei klein gewesen. Nur 24 Personen hätten an der fraglichen Sitzung teilgenommen. Aus dem Protokoll geht hervor, daß lediglich bis auf die Resolution geschäftliche Dinge behandelt wurden. R. führt weiter aus, daß er stets alle Vorschriften des Belagerungsgesetzes aufs peinlichste befolgt habe. Hätte er nur ahnen können, daß die Sitzung als Versammlung aufgefaßt werden könne, so würde er die Genehmigung nachgesucht haben. Er stütze sich im übrigen auf verschiedene in letzter Zeit ergangene Urteile, die in ähnlichen Fällen wie der seine auf Freispruch gelaufen hätten.

Der Amtsanwalt beantragte Verurteilung. — Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Die Veranstaltung habe den Rahmen einer Sitzung nicht überschritten. Es seien Vorstandsbesprechungen gewesen und hier komme der Korpsbefehl nicht in Betracht.

Steigerung der Lebensmittelpreise in England.

Der Präsident des englischen Handelsamtes hat ein Komitee ernannt, das die Ursachen des Anwachsens der Lebensmittelpreise seit dem Beginn des Krieges untersucht und Vorschläge machen soll, wie die allgemeine Lage verbessert werden könnte. Das Komitee besteht aus elf Personen, darunter fünf Mitglieder des Unterhauses und eine Frau. Vorsitzender ist das liberale Unterhausmitglied J. R. Roberts; von den anderen vier Parlamentariern

Der erste Unterstand.

Nach vierzehn Tagen lösten wir die im vordersten Graben liegende Kompagnie unseres Bataillons ab, die dafür in unsere Quartiere zog. Der Abmarsch war auf 1 Uhr nachts angefaßt. Das Wetter schlug am Abend um, ein niedlicher Schneesturm umbraute uns. Der Weg war fürchterlich und nicht zu benutzen. Im Gänsemarsch mußte auf den Grabenrändern balanciert werden, die durch den leichten Frost hart geworden waren. An Kreuzungen ging es dann aber nicht anders: „Durchwaten“ hieß die Parole, wenn das Wasser auch oben in die Stiefel lief. Der Schnee hatte wenigstens etwas Gutes; man konnte erkennen, wohin man trat. Bald nach zwei Uhr wurde es auch heller, die Morgendämmerung begann mit einem fahlen gelben Streifen, der immer intensiver leuchtete. Die Dämmerung ist hier schon erheblich länger als bei uns und sehr farbenprächtig. Aberhalb Stunden dauerte der angenehme Marsch mit vollem Gepäck. Zum Glück hatte das Schneetreiben bald aufgehört, aber auf dem Höhenzuge, der die Düna begleitet, auf dem die Stellung sich befindet, lag noch viel alter und neuer Schnee und es pffif ein eisiger Wind, so daß wir uns freuten, bald unterzuziehen zu können. Ganz wörtlich meint man es ja gewöhnlich nicht mit dieser Redensart, aber wir machten doch ein etwas dummes Gesicht, als wir vor dem uns zu vier Mann angewiesenen Unterstande feststellen mußten, daß wir wohl nicht anders als auf allen Vieren hineinkommen würden. Und das ging auch erst, nachdem wir den „Affens“, d. h. den Tornister mit den daran befindlichen Kleinigkeiten, abgelegt hatten. Drinnen warteten noch mehr solcher kleinen Ueberraschungen auf uns. 1,78 Meter, das ist die Größe des Landsturmmannes, in 1,20 Meter, das war die Höhe des Unterstandes, geht nicht, da muß man sich hücken; diesen Lehrsatz begriffen wir recht schnell. Beim Scheine einer Kerze mußten wir uns unter Reich und seine Herrlichkeit, bei geschlossener Tür war es nämlich stockdunkel. Trocken war es, das sah man an den verstaubten Bohlen, die zugleich als Ruhelager dienten. Das war schon ein Vorzug. Ein kleiner Tisch und eine Bank, auf der zwei Mann Platz nehmen konnten, sowie ein Ofen waren auch vorhanden. Die Wände bestanden aus schönem fettem Lehm. Für gärtnerischen Schmuck war auch gesorgt, denn allerhand Gräser und Ditteln waren, von der Ofenwärme getrieben, nach innen ausgeschlagen. Einige Regenwürmer liegen es sich nicht nehmen, die neuen Bewohner zu bewillkommen, zogen sich aber eilig in ihre Löcher zurück, als ihnen jemand etwas Salz auf den Kopf streute. Kräuse schienen reichlich vorhanden zu sein, und daß die darauf sich reimende, mit 2 beginnende Tierart nicht fehlen würde, war wohl außer Zweifel. Scheußlich, einfach scheußlich. Und doch kam uns der Unterstand bald gar nicht mehr so scheußlich vor. Als nämlich die ersten Granaten sausten, erschien er uns in ganz anderem Lichte. Es sah sich dann so gewöhnlich darin, wenn man auch wußte, daß er durchaus nicht bombensicher war. Aber es gab einen das Gefühl der Sicherheit, ähnlich wie man bei einem Gewitter dieses Gefühl in einem Hause hat, auch wenn der Blitzableiter fehlt. Es trat eine Umwertung der Begriffe ein. Wir lernten uns, auch ohne einer Faktion anzugehören. Als wir wieder in die Reservequartiere kamen, erschien das Drahtgeflecht einem als Dämmerlicht. Und so ging es in vielen Dingen. Worüber wir in Belgien geschimpft hatten, erschien uns in Rußland als Paradies. (2)

Aus Belgien nach Rußland.

Rußland.

Wirballen. In Rußland sind wir also. Aber Rußland ist groß. Daß es nach Süden geht, ist wohl schon ausgeschlossen, aber es gibt ja auch im Norden Auswahl. Riga, Dünamünde, Naroc-See usw. Aus den Namen der folgenden Stationen vermögen wir keine Schlüsse zu ziehen, es sind undefinierte Größen für uns, wir verstehen diese Art „-wie“ nicht und ihre Pointe ist uns schleierhaft. Zunächst interessieren uns aber Land und Leute, soweit wir etwas davon erblicken können. Viel ist es nicht. Wir sehen die charakteristischen Wälder aus Holz, aus denen die Bevölkerung gelassen kommt, wenn der Zug hält, um Eier, Butter, Weißbrot zu verkaufen. Große Geschäfte sind mit uns nicht zu machen, wir haben kein Geld, denn wir sind gerade am Löhnungstage in aller Herrgottsfrühe ausgerückt und haben die fällige Löhnung noch nicht erhalten. Allseitiges Bedauern. Butter hätten wir gern mal wieder gegessen. Schmale Felder, viel Brachland, Weide und Wald. Wir kommen an einem tiefen Holzplage vorbei, wo von der Heeresverwaltung Bretter und Balken hergestellt werden und in ungeheuren Mengen lagern. Wir fahren an einem Flusse entlang, der sich tief in Sandberge eingetrennen hat. An den hohen Ufern erblicken wir zahlreiche Spuren der Kämpfe, die hier getötet haben. In einem großen Flusse, dessen Ränder noch mit dicke Eise gepanzert sind, liegt tatsächlich ein größerer Ort. Nowo. Nun ist die Auswahl nicht mehr groß. Das Wetter schien ebenso zu sein wie in Deutschland. In der Nacht wurde es aber empfindlich kalt, was um so unangenehmer für uns war, als bei unserem Wagen die Heizung versagte. Es schneite auch, und als es hell wurde, fühlten wir uns in den schönsten Winter verkehrt. Eigentlich der erste Schnee in diesem Jahre für uns, denn in Belgien war der Winter sehr milde gewesen.

Queigners Ruh.

Schnee und Eis, als wir am Endpunkt ausstiegen. Es hatte vorher getaut und alle Wege waren daher spiegelglatt. 10 bis 12 Grad Kälte und der scharfe Wind machten den Aufenthalt im Freien nicht gerade sehr angenehm. Das traute Heim, das uns empfing, war auch nicht sehr anheimelnd. Der erste Eindruck war allerdings nicht übel. Ein hübscher Birkenzamen umgab ein Stück Wald, am Eingange leuchtete uns ein großes Schild entgegen mit den Worten: „Queigners Ruh“. Man konnte glauben, vor einem Ausflugstafel in der Nähe Berlins zu stehen. Die Holzbaraden, mit Tannenzweigen geschmückt (Schutz gegen Fliegenstich) nahmen sich auch ganz nett aus. Da drinnen aber war's fürchterlich. Eine unangenehme feuchtkalte Luft schlug einem beim Eintritt entgegen, vermischt mit dem heizenden Qualm von Holzfeuern, die auf mächtigen Feuerstellen prasselten. Mittelböden zwischen Ofen und offenen Herden. Der große Raum, der 1000 Mann beherbergen konnte, war bis auf zwei Gänge von zwei übereinander errichteten Bretterböden in Anspruch genommen, die, mit etwas Holzwohle bedeckt, als Lagerstätten dienten. Ein wohlthätiges Halbduktel verschleierte die Einzelheiten. Trotz dieser offenbaren Mängel ist „Queigners Ruh“ das bestbelegte Hotel am Platze und immer voll besetzt von Transporten, Urlaubern usw. Wir gingen früh zur

*) Siehe Nr. 172 des „Vorwärts“.

Unbillig, aber rechtmäßig.

Die Kammer 8 des Oberverwaltungsgerichts hat sich in der Lage, aus Rechtsgründen Urteile zu fällen zu müssen, die nach der eigenen Ansicht des Gerichts der sozialen Billigkeit nicht entsprechen.

In einem Falle klagte ein Bureauarbeiter, der bei der Münchener Pulverfabrik beschäftigt war. Er bezog einen Monatslohn von 90 M. und sollte eine Arbeitszeit von 9 bis 4 Uhr haben, die auch in der ersten Zeit innegehalten wurde.

In einem anderen Falle klagte der Gegenpart zwischen Billigkeits- und Rechtsgründen noch stärker. Hier war die Ausgleichs- quittung das Verhängnis für den Kläger, der als Nachschreiber in der Photographischen Kunsthandlung von Gailard beschäftigt war.

Der Kläger, der vor Gericht unter dem Beistand einer der Reichensprache kundigen Dame auftrat, versicherte, daß er von der Bedeutung der Ausgleichsquittung keine Ahnung gehabt habe. Er habe geglaubt, daß er sich durch die Unterschrift nur zum Empfang der Papiere bekannt habe, wie es von seinen Arbeitsstellen in München gewohnt sei.

Gerichtszeitung.

Das Liebesdrama der Krankenschwester.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsrats Geh. Rat Stöding stand gestern der Kriminal- schutzmann Victor Haenele unter der Anklage, die Krankenschwester Ella Schulz auf den Blüten erschossen zu haben.

in fernem, fremdem Lande ist das Kriegspressequartier. Einmal war es so, daß ich zwei Tage nach der Schlacht bei Limanowa mit einem Transport über das Schlachtfeld zurückkam.

Das ist wohl übertrieben, enthält aber auch einen Kern von Wahrheit. Man soll nicht sagen, daß die Berichterstatter der unterschiedlichen Kriegspressequartiere in den zwei Jahren dieses Krieges nicht auch schon manchen Blick in die unbeschränkte blutige Wirklichkeit des Krieges hätten tun dürfen.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Der Typ eines Berichterstatters ist etwa Professor Dr. Georg Wegener, der seine Berichte über die ersten Kriegsmomente in einem Bande „Der Wall von Eisen und Feuer“ veröffentlicht hat.

Eigene Bedeutung besitzt das Bändchen „Kriegsfahrten durch Belgien und Nordfrankreich 1914“ von Dr. Adolph Köster und Gustav Kossie (Vorwärts-Bibliothek, 1 M.). Das Gedrönte des Krieges klingt hier nur aus der Ferne herüber.

Das wird um so handgreiflicher, wenn man etwa Schilderungen wie die des Journalisten Julius Hirsch daneben hält. Nach zwei vorausgehenden Bänden „Aus der Rappe eines Kriegesberichterstatters“ behandelt er in dem dritten „Die eiserne Front im Westen“ ungefähr die gleichen Eindrücke wie Köster (Verlag Becker u. Hoffe, Leipzig, Preis jedes Bandes 1 M.).

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise heiter, aber denkwürdig mit wiederholten, im Küstengebiet stärkeren, sonst meist geringen Regenfällen; etwas kühl.

gehören zwei der Arbeiterpartei an, M. C. Anderson und J. R. Clynes, einer der Irishen nationalistischen Partei und einer der unionistischen Partei. Die Frau ist Mrs. Pemberton-Reeves, eine bekannte Frauenstimmrechtskämpferin, die sich sehr viel mit den ökonomischen Bedingungen der Arbeiterinnen beschäftigt hat.

Die Einsetzung des Komitees beweist, daß die Preise auch in England nicht unerheblich gestiegen sind, und daß man nach Mitteln suchen muß, eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern und, wenn möglich, die Preise herabzusetzen.

Die Steigerung der Preise betrug von Juli 1914 bis 1. Juni 1916 in Großbritannien im Durchschnitt für

Table with 2 columns: Ware and Prozent. Lists various goods like English Bacon, Ham, Butter, etc., and their percentage increase.

Das sind die offiziellen Zahlen des Handelsamtes. Der „Manchester Guardian“ vergleicht sie mit den uns bekannten Zahlen der „Statistischen Korrespondenz“ für Preußen und den offiziellen Wiener „Warenpreisberichten“.

Natürlich bedeutet auch eine Verteuerung der Ernährung um 50 Proz. erhebliche Opfer, vor allem für die arbeitenden Schichten in England, und es ist noch nicht absolut sicher, ob der Prozentsatz in England in der nächsten Zeit nicht noch weiter steigen wird.

Leider existieren nirgends Tabellen über den Reingewinn der Produzenten und Verkäufer von Lebensmitteln. Wäre es möglich, auch davon Durchschnittsziffern aufzustellen, die Vergleiche zuließen, so gäbe das für jeden Politiker und Volkswirtschaftler ein unschätzbares und hochinteressantes Studienmaterial.

Das tägliche Brot.

Zur Nahrungsmittelversorgung.

will die baltische Regierung der Bevölkerung als Ersatz für Fleisch und fettige Fische und Obst sichern. Sie hat in Sigen eine Geschäftsstelle der baltischen Fischversorgung eingerichtet; an diese haben die Wodensessler das Ergebnis ihres Fischzuges abzuliefern, wofür sie ihnen auch die für Fische festgesetzten Höchstpreise bezahlt werden.

Um den Anlauf von Obst und die Veräußerung in anderen Bundesstaaten zu verhindern, ordnet eine Verfügung an, daß nur von der Geschäftsstelle der baltischen Obstversorgung legitimierte Personen den Einkauf vornehmen dürfen.

Neue Höchstpreise für Süßwasserfische.

Die erste vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes unterzeichnete Bekanntmachung betrifft die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische. Nach ihr dürfen beim Verkauf von Süßwasserfischen im Großhandel für 50 Kilogramm Reingewicht einschließlich Verpackung für Karpfen 106 M., für Schleie 126 M., für Hechte 120 M., für Aelche oder Barsche je nach Gewicht 80 bzw. 60 M., für Pläßen und Kolaraugen 60 bzw. 50 M. nicht überschritten werden.

Bilder vom Kriege.

Kriegsberichterstatter.

Ergötzlich hat einmal Gustav Kauter Wesen und Wirken der Kriegsberichterstatter geschildert: „Ich war bei der Kompagnie Gefechtsabdomann. Von der Feuerlinie bis zum Stab des Majors hatte ich eine Viertelstunde zu laufen, meist im Gewehr- und Schrapnellfeuer, da besitt man sich ein bißchen mehr, immerhin war es eine gute Viertelstunde. Vom Major bis zum Regimentstabs bin ich nie gekommen, ich weiß nicht, wie weit das ist. Von dort geht es erst zur Brigade, dann zum Divisionsstab, und die Entfernung wächst im Quadrat der Ranghöhe. Dann geht's noch viel weiter zum Standort des Korpskommandanten, zur Armeeführung, schließlich zum Hauptquartier, und dahinter noch irgendwo

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend,

Lindenstraße 3, 3. Hof, 3 Treppen.

Die Uebernahme der Verbandsgeschäfte durch den neu-gewählten Zentralvorstand ist erfolgt. Die Erledigung aller Ein- und Ausgänge findet nach wie vor durch das Bureau statt. Die Bureauzeit ist vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 5 bis 8 Uhr.

Alle Zuschriften sind zu richten an Hermann Weise, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen.

Die Kassengeschäfte werden vorläufig bis auf weiteres durch Vorgenannten mit erledigt.

Berlin, den 27. Juni 1916.

J. A.: Adolf Hoffmann, erster Vorsitzender.
Burghardt, Obmann der Revisoren.

Aus Groß-Berlin.

Mehrung der Knabengeburt?

Durch jeden Krieg wird infolge der Verluste vieler Männer des besten Lebensalters der Wunsch geweckt, die Knabengeburt zu mehren zu sehen. Der Gedanke kommt nicht nur Leuten, die für einen nächsten Krieg die Frage der ausreichenden Deckung des Bedarfs an Soldaten erwägen. Noch aus manchem anderen Grunde kann einer wünschen, daß eine genügende Zahl von Männern vorhanden ist.

Warum unter den Menschen eine ungefähre Gleichzahl der beiden Geschlechter besteht und sie durch ungefähr gleiche Anteile der Geschlechter an dem Nachwuchs immer wieder erhalten bleibt, darüber hat man seit langem sich den Kopf zerbrochen. Gewiß, bei den Neugeborenen sind die Knaben in der Mehrzahl gegenüber den Mädchen, aber der Unterschied ist doch nur gering. Wenn z. B. im Deutschen Reich alljährlich gegenüber je 1000 Mädchen immer wieder 1058—1063 Knaben geboren werden, so drängt sich die Frage auf, welche Ursachen solche Regelmäßigkeit haben kann. Man hat es als „weisse Absicht“ — sei es einer sogenannten „Vorsehung“, sei es der Natur — gepriesen, daß bei den Geburten dieses ungefähre Gleichgewicht der Geschlechter besteht und nicht etwa die Zahl der Knaben vor derjenigen der Mädchen oder auch die Zahl der Mädchen vor derjenigen der Knaben um ein Vielfaches über-troffen wird. (Wir wollen hier außer Betracht lassen, daß im Deutschen Reich der bei den Geburten auftretende Ueberschuß von Kindern männlichen Geschlechts schon durch höhere Sterblichkeit der Knaben und weiter durch höhere Sterblichkeit der Männer nach und nach wieder aufgezehrt wird, so daß bereits unter den Jugendlichen das genaue Gleichgewicht der Geschlechter hergestellt ist und dann unter den Erwachsenen das weibliche Geschlecht die Mehrheit erlangt.)

Eine „weisse Absicht“ haben manche Leute auch darin erblicken wollen, daß — wie man beobachtet zu haben glaubt — nach Kriegen bei Geburten eine Mehrung des Knabenüberschusses auf-trete. Kürzlich wurde in der Jahresversammlung des Berliner Vereins „Hauspflege“ diese angebliche Folgeerscheinung der Kriege erwähnt und daran die Mitteilung geknüpft, daß der Verein bereits jetzt bei seinen Wöchnerinnen eine Mehrung der Knabengeburt bemerkt habe. Nur mit einem flüchtigen Wort wurde das gestreift, ohne daß Angabe von Zahlen jene Mitteilung näher beleuchtete. Es versteht sich von selber, daß aus den spärlichen Erfahrungen eines solchen Vereins, der im letzten Jahr nur 3314 Wochenpfleger hatte, niemand einen Schluß ziehen kann. Doch vielleicht findet, was da erzählt wurde, seine Bestätigung in den Ergebnissen für ganz Berlin? Aus einem größeren Gebiet, etwa aus dem ganzen Deutschen Reich, liegen ja für die Zeit, die in Frage käme, noch keine Zahlenangaben vor.

Auch Berlin ist für solche Beobachtungen ein noch zu kleines Gebiet, so daß hier mit der Möglichkeit des Einflusses von Zufälligkeiten gerechnet werden muß. Dennoch haben wir uns das Vergnügen gemacht, die Ergebnisse Berlins daraufhin anzusehen, ob die angeblich zu erwartende Mehrung des Knabenüberschusses sich hier wirklich bereits ankündigt. Da die vom Berliner Statistischen Amt zusammengestellten Monatsstabellen über die Bevölkerungsbewegung jetzt für die Zeit bis Ende April dieses Jahres abgeschlossen vorliegen, so können wir die Ergebnisse eines vollen Jahres benutzen, des zwölfmonatigen Zeitraums von Anfang Mai 1915 bis Ende April 1916, bei dessen Beginn neun Monate seit Kriegsausbruch verfloßen waren. Während in dem Jahr Mai 1914 bis April 1915 bei überhaupt 38 587 Geburten 19 878 Knaben und 18 709 Mädchen gezählt wurden, brachte das Jahr Mai 1915 bis April 1916 bei überhaupt 27 891 Geburten 14 508 Knaben und 13 383 Mädchen (immer einsch. Totgeborene). Gegenüber je 1000 Mädchen der betreffenden Jahre wurden geboren 1063 Knaben in 1914/15, aber 1083 Knaben in 1915/16. Das ergibt für 1915/16 eine Mehrung des Knabenüberschusses um 20 auf je 1000 Mädchen. Ist das nicht tatsächlich schon eine Bestätigung des Einflusses der Kriege auf den Knabenüberschuß?

Auf den ersten Blick scheint es so. Aber ein Rückblick auf die Höhe des Berliner Knabenüberschusses früherer Jahre lehrt, daß auch in Zeiten tiefsten Friedens es an Schwankungen, die sogar noch viel erheblicher waren, nicht gefehlt hat. So wurden in Berlin gegenüber je 1000 Mädchen geboren z. B. in den fünf Jahren 1817—1821: 1079, 1084, 1053, 1101, 1066 Knaben; in den fünf Jahren 1834—1838: 1076, 1013, 1078, 1072, 1030 Knaben; in den fünf Jahren 1859—1863: 1062, 1030, 1060, 1081, 1043 Knaben. (Nebenbei bemerkt: mit 1101 im Jahre 1820 und mit 1013 im Jahre 1835 hatten die Knaben den höchsten und den geringsten Ueberschuß der 100 Jahre von 1816 bis 1915.) Wie war denn das Ergebnis des Jahres 1871, dessen Geburten doch größtenteils schon unter dem Einfluß der Kriegsmomente standen? Gegenüber je 1000 Mädchen wurden geboren in den fünf Jahren 1869—1873: 1063, 1070, 1049, 1070, 1058 Knaben. Bei dem Knabenüberschuß sehen wir hier von 1870 zu 1871 eine Abnahme um 21, von 1871 zu 1872 eine Zu-nahme um 21.

Gestützt wird die Meinung, daß Kriege den Knabenüber-schuß steigern, durch diese Zahlen nicht.

Regelung der Obstpreise.

Im Berliner Rathhause fand gestern nachmittags unter Vor-sitz des Oberbürgermeisters Bormuth mit den Vertretern der haupt-sächlich für Berlin in Betracht kommenden Obstverzeugungsgebiete eine Aussprache statt, zu der das Kriegsernährungsamt und die sonst nächstbeteiligten Reichs- und Staatsbehörden Vertreter ent-sendet hatten. Diese nahmen von dem Inhalt der Verhandlungen, welche im wesentlichen zu einer Einheitslichkeit führten, Kenntnis und stellten ihrerseits die nachdrücklichste Unterstützung für die Versorgung Berlins mit Obst zu angemessenen Preisen in Aus-sicht. Die Vertreter der übrigen Obstbaugebiete der Mark er-klärten, daß sie die mit Berder festgelegten Preise als auch für sich maßgebend ansehen.

Die Schule soll helfen.

Die durch den Krieg notwendig gewordenen Vorratsstreckungen finden nicht immer bei den Verbrauchern die erwartete Unterstützung. So wurde die Streckung der Vorräte an Kleider-stoffen erklährt durch die gerade in der Kriegszeit aufgekommene Mode der weiten Frauenröcke, die eine beträchtliche Menge Stoff erfordern. Um dem Uebelmaß des Stoffverbrauchs zu wehren, hat man jetzt die Schule zu Hilfe gerufen, damit sie die Mädchen über die Notwendigkeit einer Streckung der Stoffvorräte aufklärt. Ein Erlaß des preussischen Kultusministeriums, der allen Schulen für das weibliche Geschlecht zugegangen ist, macht Lehrern und Leh-re-rinnen eine entsprechende Belehrung der Schülerinnen zur Pflicht.

Der Gedanke, die Schule als Helferin in Dingen zu benutzen, die außerhalb ihres durch das Unterrichtsziel bedingten Aufgabens-treifes liegen, ist nicht neu. Er entspricht nur dem eigentlichen Zweck der Schule, die ja nicht sich im Unterrichtsdrill erschöpfen, sondern vor allem Erziehungsarbeit leisten soll. Die Lehrerschaft freilich hat — in sonderbarer Verkennung dieser wichtigsten Aufgabe der Schule — manchen Widerspruch laut werden lassen, wenn „Laien“ meinten, daß in dieser oder jener Sache die Schule helfea solle und nur sie helfen könne. Der abweisende Spott, den man für solche Forderungen hatte, ist in der Kriegszeit ver-stummt. Er hat verstummen müssen, weil gerade in der Kriegs-zeit die Schule zur Belehrung über allerlei durch den Krieg not-wendig gewordene Maßregeln so oft herangezogen worden ist, wie sich das früher gewiß kein Lehrer hätte träumen lassen. Schon aus dem ersten Jahr des Krieges ergab sich z. B. für die Gemeindegemein-den Berlins eine reichlich lange Liste von diesbezüglichen Belehrungen, die den Kindern gegeben wurden. Lehrer und Lehrerinnen erhielten Anweisung, den Kindern zu erzählen von dem Nationalen Frauen-dienst, von den Feldpostsendungen, von der Sparsamkeit in der Haushaltung, von der zweckmäßigsten Art der Ernährung, von der Bestimmung der Brotarten, von der Zeichnung auf Kriegs-anleihe, von den Siegen der deutschen Truppen, von den Gefahren der Spielerei mit aufgefundenen Patronen, von dem Verbot des Zutritts zu Kasernen usw.

Nachdem die Lehrerschaft auf diesem Gebiet so gründlich um-geleitet hat, darf man vielleicht hoffen, daß sie auch über die Kriegs-zeit hinaus davon profitieren wird. Was hier bei so vielen mit dem Krieg zusammenhängenden Fragen notwendig schien und sich durchführen ließ, nämlich Belehrung durch die Schule, wird gewiß auch in Friedenszeiten in anderen Dingen nützlich und möglich sein.

Arbeiterbildungsschule. Die gestern angekündigte natur-wissenschaftliche Sonntagswanderung kann wegen Verhinderung des Führers nicht Sonntag, den 2. Juli, sondern erst Sonntag, den 9. Juli, stattfinden. Ziel, Treff-punkt usw. bleiben dieselben. Die bereits erworbenen Teil-nahmerkarten mit dem Datum des 2. Juli behalten auch für den 9. Juli ihre Gültigkeit.

An den heute Donnerstag, abends 8^{1/2} Uhr, im Hör-saale der Schule stattfindenden wissenschaftlichen Einzelvortrag sei nochmals erinnert. Genosse Ernst Däumig wird über das Thema: „Der Islam, seine Entstehung, seine Welt und sein Wesen“ sprechen.

Die Grenzen der Fortzahlung von Beiträgen zur jüdischen Gemeinde nach Austritt.

Herr G. in Berlin war aus der jüdischen Gemeinde aus-getreten, um sich einer orthodoxen jüdischen Vereinigung anzuschließen. Nach seinem Austritt wurde er noch für das Rechnungsjahr 1915/16 von der von ihm verlassenen Berliner jüdischen Gemeinde mit 80 M. zur Steuer herangezogen. Die Gemeinde stützte sich auf § 6 des Gesetzes vom 28. Juli 1876, betreffend den Austritt aus der jüdischen Synagogengemeinde. Nach § 6 Abs. 2b hat der Ausgetretene noch beizutragen u. a. zur Erfüllung der Verpflichtungen der Synagogengemeinde, die zur Zeit der Austrittserklärung dritten Personen gegen-über bereits begründet sind, für die Dauer dieser Verpflichtung, in dessen längstens bis zum Ablauf des auf die Austrittserklärung folgenden fünften Kalenderjahres.

Herr G. klagte gegen die jüdische Gemeinde auf Freistellung. Er machte geltend, die angezogene Bestimmung sei zu Unrecht gegen ihn angewendet worden. Sie wäre so auszulegen, daß die Aus-getretenen nur dann in der angegebenen Weise noch weiter ver-pflichtet wären, wenn ohne ihre Beiträge die Synagogengemeinde nicht in der Lage wäre, die betreffenden Verpflichtungen gegenüber Dritten zu erfüllen.

Der Bezirksauschuß wies jedoch die Klage ab, und das Ober-verwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit der Begrün-dung, daß im Gegenlag zur Auslegung des Klägers das Gesetz all-gemein jene Beitragspflicht habe begründen wollen, ohne Rücksicht darauf, ob die Gemeinde sonst ihre Verpflichtungen erfüllen könne oder nicht.

Die ersten Pilzwanderungen.

Wie uns der Pilzkundige, Kaufmann Heinrich Polke aus Wollersdorf bei Ertner, dem es durch eine Eingabe an das Land-wirtschaftsministerium gelungen ist, auch die staatliche Fürsorge und Propaganda für dieses in der Jetztzeit zweifellos wichtige Gebiet zu wecken, mitteilt, will er mit seinen diesjährigen Pilzwanderungen schon jetzt beginnen. Das dem Pilzwachstum sehr günstige Wetter der letzten Tage hat schon eine ganze Anzahl ehbarer Pilzarten herbeigebbracht und ferner zwingt auch die Knappheit aller Lebens-mittel dazu, so schnell wie möglich den deutschen Wald als Lebens-mittelpfender heranzuziehen. Allen Interessenten sei deshalb hier-mit bekanntgegeben, daß fortan bis Ende September regelmäßig an folgenden Tagen Pilzwanderungen stattfinden: Dienstag in Karlsdorf, Mittwoch in Köpenick, Donnerstag in Friedrichshagen, Freitag in Rahnsdorf und Sonntag in Friedrichshagen. Treffpunkt ist immer der Bahnhof, der Zeitpunkt des Treffens ist gegeben durch den Zug, welcher den Schlesischen Bahnhof in Berlin um 2 Uhr 23 nachmittags verläßt mit Ausnahme von Sonntag, wo die Teil-nahmer den Zug 9 Uhr 23, bzw. 9 Uhr 33 ab Schlesischen Bahnhof benutzen müssen. Da Anstöße an Dampf- und Straßenbahnen in Frage kommen, kann auf Nachzügler nicht gewartet werden. Die erste Wanderung findet statt am Donnerstag, den 29. Juni, in Friedrichshagen. Die Teilnehmer sollen sich mit einem Messer, einem Korb und mit Mundbedarf versehen und wetterfeste Kleidung tragen.

Der Berliner Ortsauschuß der Vertrauensmänner für die An-gestelltenversicherung hält während dreier Ferienwochen in seiner Geschäftsstelle, vom 2.—23. Juli a. c. seine Sprech-

stunden ausnahmsweise Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 5—8 Uhr ab (anstatt von 1—3 Uhr). Ver-sicherte sowohl wie Arbeitgeber und sonstige Interessenten, die in Berlin wohnen oder beschäftigt sind, seien darauf aufmerksam ge-macht, daß sie dort in allen Fragen der Angestelltenversicherung Rat und Auskunft erhalten können.

Anmeldungen für Einmachezucker werden nicht mehr berück-sichtigt, da die Ablieferungssfrist, wie bereits durch Säulenanschlag bekanntgegeben war, mit dem 25. Mai abgelaufen war. Der zur Verfügung stehende Zucker ist auf Grund der Anmeldungen bereits verteilt. Soweit die Anmeldungen berücksichtigt sind, werden die Zuckerbezugscheine den Antragstellern seitens des Magistrats durch die Post überandt.

Butterbezugscheine. Die in § 6 der Bundesratsverordnung über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiet der Fettversorgung vom 8. Juni 1916 vorgesehene Bezugscheine für den Butterbezug von auswärtigen Molkereien werden in Groß-Berlin von den ein-zelnen Gemeindevorständen ausgestellt. Im Stadtbezirk Berlin er-folgt die Ausstellung in dem Bureau der Butterverorgungsstelle Groß-Berlin, Poststr. 16. Anträge auf Ausstellung der Bezugscheine sind schriftlich einzureichen und haben die Gesamtzahl der Haushalts-angehörigen, für welche die Butter bestimmt ist, zu enthalten. Die Bezugscheine werden den Antragstellern zugestellt.

An Kriegsunterstützungen ausschließlich für Kriegerfamilien sind von der Stadtgemeinde Berlin im Juni rund 10^{1/2} Millionen Mark aufgewendet worden, hierunter mehr als 1,94 Millionen Mark für Mietbeihilfen, die für Monat Mai 1,08 Mill. Mark betragen.

Insgesamt sind bis Ende Juni nur an Darunter-stützungen für Kriegerfamilien 160 Millionen Mark ausgezahlt worden.

Zu einem Sperrauschuß der Uhrenverkäufer Deutschlands haben sich die Verbände der mit Taschenuhren handelnden Gewerbe-treibenden zusammengeschlossen. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, die Erzeugnisse derjenigen fünfzehn Schweizer Taschenuhrfabrikanten, die bei Ausbruch des Krieges Kriegsbedarf für Frankreich und Eng-land erzeugten, vom deutschen Markte auszuschließen. Der Sperr-auschuß erklärt, daß es gleichartige Uhren in genügender Menge gibt, die von neutralen Fabrikanten der Schweiz hergestellt werden. Jedes Uhrengeschäft, das sich verpflichtet hat, keine „Munitionsuhren“ zu führen, hat von dem genannten Sperrauschuß eine dies be-scheinigende Ausweisurkunde erhalten.

Aus dem Wasser gelandet wurde gestern die Leiche des 71 Jahre alten Kaufmanns Karl Weglaff vom Schöneberger Ufer 29. Ob er verunglückt oder wegen seiner Amtungsbeschwerden, an denen er litt, freiwillig ins Wasser gegangen ist, weiß man nicht.

Auf der Straße vom Lode überrascht wurde gestern der 40 Jahre alte Barbier Anton Wablowski aus der Barnimstr. 24. Er drack in der Nähe seiner Wohnung, wahrscheinlich vom Herabfall getroffen, auf dem Bürgersteig zusammen und starb auf der Stelle. Ein Arzt, zu dem ein Schuttmann ihn brachte, konnte nicht mehr helfen.

Aus den Gemeinden.

Einmachezucker in Wilmerdsdorf noch nicht verfügbar.

Das Wilmerdsdorfer städtische Nachrichtnamtsamt schreibt uns: Nach Verichten Berliner Zeitungen sind in Berlin die Zusa-h-zuckerarten für Einmachezucker zur Verteilung gelangt. Gegen Ab-gabe dieser Karten dürfen von dem Inhaber je fünf Pfund Ein-machezucker entnommen werden. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß diese Karte nicht auf Wilmerdsdorf bezieht. Unerre-cher Stadtverwaltung ist der Einmachezucker noch nicht zur Verfügung gestellt worden. Schriftliche und mündliche Anfragen sind vollkommen zwecklos. Das Wilmerdsdorfer Publikum erhält zur gegebenen Zeit vom Magistrat die zum Bezug nötigen Scheine durch die Post überandt.

Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung wurde die im Februar an die Finanz-kommission zurückverwiesene Jahresrechnung für 1915 erledigt. Die verlangten Informationen sind in eingehender Weise von der Ver-woaltung erteilt worden und nachdem die Kommission alles geprüft hatte, empfahl sie der Vertretung die Entlastung, die denn auch er-teilt wurde. Das Kuratorium für die höheren Lehranstalten empfiehlt eine Erhöhung des bisherigen Satzes des für Schulgeldbefreiungen fest-gesetzten Satzes von 5 auf 10 Proz. während der Kriegszeit. Wie der stellvertretende Gemeindevorsteher erklärte, haben sich die Verhältnisse für die Gemeinde ziemlich günstig gestaltet. Während beim Lhaum keine Ueberschreitung stattfand, trat eine solche bei der Humboldt-Ober-realschule ein für 1915 in Höhe von 346 M., für 1916 etwa von 500 M. über den bisher geltenden Satz von 5 Proz. Die Ver-tretung stimmte der Erhöhung auf 10 Proz. zu. — Weiter brachte der Vorsteher noch zur Kenntnis die Bestätigung des zum Be-soldeten Schöffens und stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählten Gerichtsassessors Ernst Laegel, der schon seit längerer Zeit die hauptsächlichsten Gemeindeangelegenheiten erledigte. Die formelle Einföhrung soll demnächst erfolgen.

Massenspeisung in Weissensee.

In nächster Zeit soll die Eröffnung der neuen Volksspeiseanstalt im Schloßrestaurant vor sich gehen. In sieben Kesseln zu 500 Liter Inhalt werden die Speisen zubereitet. Für 1 Liter werden 35 Pf., für 1/2 Liter 20 Pf. erhoben. Vorher werden Hauslisten zu fertigen, in denen sich jeder Restekant einzzeichnen hat. Die Verpflichtung zur Entnahme der Speisen muß auf eine Woche erfolgen.

Aus aller Welt.

Eine Wasserstraße von Neustrelitz zur Nordsee. Seit ander-halb Jahren wird an einer Verbindung des unweit Neustrelitz ge-legenen Hirtzer Sees mit dem Bahlitzsee gearbeitet. Die Kanal-arbeiter stehen nach einem Bericht der „Rathenower Zeitung“ jetzt vor dem Abschluß, so daß die Eröffnung eines großen, der Dimen-sionsfaher dienenden Kulturwerkes noch im Laufe dieses Sommers erfolgen dürfte. Der Bahlitzsee hat bei Priepert Verbindung mit dem Gländogensee und in deren Fortsetzung mit der Nordsee, so daß durch den neubauten Kanalkanal eine ununterbrochene Verbindung Neustrelitz—Nordsee geschaffen wird. Der neue Wasserweg wird auch für die größten Eis- und Havelkähne fahrbar sein, die in den Neustrelitzer Hafen einlaufen und dort ihre Ladung löschen können. Der Schiffsahrt werden somit neue bedeutende Abzweiggebiete erschlossen.

Feisturz ins Elbtal. In GricBrunn bei Bielefeld hat sich ein großer Feisturz ereignet. In den dortigen Steinbrüchen gingen tausende Zentner von Felsen nieder. Das Elbtal war auf eine weite Strecke stundenlang in eine dicke Staubwolke gehüllt. Es ist glücklicherweise niemand verletzt worden.

Parteiveranstaltungen.

Santow. Freitag, den 30. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, Mitgliederver-sammlung bei Dohn, Kaiser-Wilhelm-Str. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralsammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Mariendorf. Sonntag, den 2. Juli, Ausflug von Potsdam über Alt-Glienicfer Brücke, Babelsberg, Plaueninsel usw. Treffpunkt morgens 7 Uhr am Bahnhof Steglitz. Proviant ist mitzubringen.

Zweite Gruppe. Nachmittags 3 Uhr Treffpunkt am Rathaus-Marien-dorf zum Spaziergang nach Groß-Lichterfelde-Süd, Berliner Str. 129, Gast-hof Gottlieb Erpel.

Frauen-Leseabende.

Steglitz. Der Frauenleseabend findet heute im Jugendheim, Antip-hof, Ede Jägerstraße statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende 8. u. 17. Sonntag, Sonntag, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. 2. 22. 1. Der Beglaubigung durch einen Notar bedarf es nicht. Die pflichterheblsberechtigten Erben aber können nicht ausgeschlossen werden. 2. Es genügt, wenn das Testament eigenhändig geschrieben ist. 3. Ja. 4. Das kann geschehen; es ist aber nicht nötig. 5. Das Testament kann

von dem zum Militär Eingezogenen dort geschrieben werden. — **W. 2. 1.** Rein. 2. Pflichten und Rechte beider Kontrahenten sind darin festgelegt. 3. Ja. 4. Damit zwischen den Kontrahenten Meinungsverschiedenheiten möglichst ausgeschlossen sind. — **S. 6. 30.** Die Familienunterstützung wird nur dann weitergezahlt, wenn die Militärinvalidenrente noch nicht zur Auszahlung gelangt. — **S. 6. 116.** 1. Ja. 2. Die Rente fällt mit Ablauf des Monats, in dem die Witwe heiratet, fort. 3. Jährlich 400 M. für die Witwe und 168 M. für jedes Kind. 4. Ja. 5. Vom Tage des Antrages. — **Z. 17.** Der Antrag auf Aufnahme in ein Altersheim ist beim Versicherungsamt, Klosterstr. 68, zu stellen. — **R. R. 22.** Der Antrag ist an das zuständige Amtsgericht zu stellen. Die Kosten betragen etwa 4,50 M. — **Hofbauer.** Verbringung der Strohballen; dienstuntauglich. Nachmusterung wird nicht mehr erfolgen. — **G. 2. 40.** Rein. — **G. 2. Ja.** — **Cent 1916.** Der Soldat ist dazu verpflichtet.

— **G. 2. 7. 1.** Sie müssen den Hausmiete nochmals durch eingeschriebenen Brief zur Abstellung des Uebelstandes auffordern. 2. Das Bureau der Volkshilfe befindet sich Engelstr. 18. — **Wanda 300.** Die Kündigung durch den Hauswirt ist zulässig; Sie müssen die Wohnung am 1. Oktober räumen. — **Schw. 218.** Die Krankenkasse ist berechtigt, die Erstattung der Arztkosten von Ihnen zu fordern. Sie kann diese Kosten durch Klage einfordern. — **Gönide 36.** Die Geschenke können zurückverlangt werden. — **Beil. Rein. — S. 24. 35.** Der Bezug des Soldates ist jetzt freigegeben. — **G. 2. 31. 1.** Die Krankenkasse ist unserer Meinung nach zum Ertrag der Kosten verpflichtet. 2. Sie müßten eine Beschwerde beim Versicherungsamt in Spandau einreichen. 3. Rein. 4. Die Pfändung ist zulässig, da Ihre Verwandte ihrerzeit wahrheitsgemäß nicht gegen die Einschätzung reklamiert hat. — **S. 2. 467** und **C. 2. 876.** Rein.

Anfolge Herzlähmung verließ auf seiner Arbeitsstelle am 27. Juni mein innig geliebter Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater, der Töpfer

Franz Schrot
im 54. Lebensjahre. 1904
Frau Ida Schrot nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am 30. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom neuen St. Johannis-Kirchhof, Widensee, aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Nachruf.

Am 21. d. Mts. starb nach kurzem, schwerem Leiden unser wertvoller Kollege, der Metallarbeiter

Karl Krause.

Wir verlieren an ihm einen tüchtigen Funktionär und Förderer unserer Organisation und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 119/5

Die Bezirksleitung.
J. H.: Sparmann.

Turnverein „Fichte“
Berlin.
R. d. H. E. A.
12. Lehrlingsabteilung.

Der Mitgliede die traurige Nachricht, das unser Lehrling

Kurt Frieß
im Alter von 16 Jahren an einem Herzfehler gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 29. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

Nachrichtige Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands
Zentrale Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 27. Juni 1916, verstarb unser Mitglied, der Töpfer

Franz Schrot
(Bezirk Wedding)

im Alter von 54 Jahren an Herzlähmung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Johannis-Kirchhofes in Widensee, am Schützenhaus, aus statt. Um rege Beteiligung erucht.
Der Vorstand.

Westmann's
Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a
(Kolonaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Dankfagung.

Für die vielen Bemühungen herzlicher Teilnahme bei dem Verlust unseres lieben Sohnes und Bruders

Karl Zern

lagen hierdurch unseren besten Dank Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Zahnpraxis W. Thiedt,
Reinholdsdorfer Str. 7, Nord. 7635
Berlin über verteilt. 8836

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Ziehung am 12. und 13. Juli
Genehmigt für Provinz Brandenburg incl. Stadtkreis Berlin

Rote + Lotterie
des Vereins Paulinchen für Kranken- und Kinderpflege
100 000 Lose und 3667 Gewinne im Gesamtwerte von Mk.

100 000
50 000

Rote + Lose zu 3 Mark Porto und Liste 30 Pfg. extra
Lud. Müller & Co. Berlin W. 56
Werderscher Markt 10.
Bei der Roten Kreuz-Ziehung im Juli v. J. wurde der 1. Hauptgewinn von 50 000 Mkw. durch uns verkauft und eingelöst.
Telegr.-Adresse: Glücksmüller

Preuß.-Südd. Klassenlotterie

Preis der Lose pro Klasse:

1 Klasse	5 M.
1 Klasse	10 M.
1 Klasse	20 M.
1 Klasse	40 M.

Ziehung 1. Klasse 11. und 12. Juli.

L. Müller,
Berlin W. 56, Angl. Lotterie-Gesellschaft.
Werderscher Markt 6, gegenüber von Herrn. Berlin.

Zur Förderung der Verbraucherinteressen kann jeder Groß-Berliner Haushalt beitragen, wenn er sein gesamtes

Altpapier
6 Pfennig jedes Kilo

gebündelter Zeitungen, zu 4 Pf. das Kilo gebündelter Bücher, Hefte, Akten, Kontobücher, Skripturen, Kartons usw. verkauft. **Keine Denkmünzen oder Schmierseife!** Von dem Reingewinn erhält der

Kriegsaussschuß für Konsumenteninteressen
mehr als die Hälfte für seine gemeinnützigen Zwecke. Von 1 Zentner ab auf Abwurf oder Postkarte Abholung. **Kriegs-Altstoff-Sammlung**
Berlin W 85, Potsdamer Straße 56. Fernruf: Lützow 6627.



Keine Kosten mehr!

Sie haben nicht mehr nötig, sich mit schlechtfühenden Kneifern und Brillen herumzuplagen oder mit Gläsern, die Ihren Augen nicht zusetzen. Die Ruhter-Garantie verbürgt Ihnen Zufriedenheit.

In der Garantiezeit bis zu drei Jahren wird Ihnen nicht nur jeder Schaden an der Fassung, außer Gläserbruch, kostenlos ersetzt, auch wenn er durch Ihre eigene Unvorsichtigkeit entstanden ist, sondern Sie können sogar ein ganz neues, gleichwertiges Augenstück beanspruchen, wenn es unmöglich ist, das zerbrochene wie neu herzustellen, oder wenn Sie mit dem Stige, dem Aussehen oder überhaupt mit der Fassung nicht mehr zufrieden sein sollten.

Die große Garantie beginnt bei jeder Kneifer- oder Brillenfassung von M. 4.50 ohne Gläser an, wofür Sie schon schon Gold-Doublets erhalten können.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Wir garantieren für Passen der Gläser und was ebenso wichtig ist, für guten Sitz.



Optiker Ruhnke, Berlin.

Neu: Joachimsthaler Str. 2, am Zoo

Sind's die Augen, Geh' zu Ruhnke!

Friedenau:
Helm-Str. 18, Ecke Kirch-Str.
gegenüber der Kaiser-Villa.

C. Am Alexander-Platz
neben Hingier
Epittelmarkt, Ecke Ball-Str.

SO. Oranien-Str. 44,
nahe Oranien-Platz.

W. Leipziger Str. 118,
Ecke Mauer-Str.
Pfl.-Str. 1, 2. Hofdam-Str.

NW. Friedrich-Str. 150,
Ecke Dorotheen-Str.

N. Chaussee-Str. 72,
Invaliden-Str. 164,
Ecke Brunnen-Str.

Charlottenburg:
Lauenburger-Str. 15,
Ecke Hamburger-Str.

Joachimsthaler Str. 2,
am Bahnhof Zoo.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- | | | |
|--|---|--|
| Centrum: Albert Schmitz, Adlerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Rabie, Grünauerstr. 37. Erkner, Neu-Zittau: Gubela, Waldstr. 11. | Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelmminenhofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. |
| 2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärgalderstr. 42, an der Griebenaubrücke. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Wittenwasser, Petershagen. | Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rigmann, Wühlenerstr. 20. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. |
| 3. Wahlkreis: St. Frig., Reitzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Friedenau, Steglitz, Südende: D. Bernice, Wittenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gurrich, Brovingstr. 56, Laden. Geöffnet von 11—12, u. 4 1/2—7 Uhr. |
| 4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Marzuffstr. 36. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. — Karl Reile, Petersburgerplatz 4, (Laden). Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche-Kl.-Schönebeck: Ernst Werrmann, Friedrichshagen, Röpender Straße 18. | Schenkendorf 5 Königs-Wusterhausen: Ehr. Gantigke, Dorfstr. 10. |
| 4. Wahlkreis: Erdbecken: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10. | Schöneberg: Wilhelm Baumler, Reiningers Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. |
| 5. Wahlkreis: Leo Suchi, Zimmannstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Dorfstr. 23 | Spandau, Nonnendamm: Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. |
| Wedding: R. Dänisch, Wühlenerstr. 34a Ecke Ulbrichter Str., Laden. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Karlshorst: Hermann Billing, Dönhofsstr. 28. | Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Rietast, Borsigwalde, Rühlstr. 10. Geöffnet von 11—12, u. von 4 1/2—7 Uhr. |
| Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Rühlstr. 9. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Ludenwalder Straße 5. | Teltow: Henschler, Havelstr. 2. |
| Gesundbrunnen: Richter, Poststr. 6, Laden. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Köpenick: Emil Böhler, Kleberstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr. | Treptow: Rob. Gramenz, Rühlstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. |
| Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Grelsenhäger Str. 22. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seife, Bartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Weißensee, Heinersdorf: Gust. Roskopf, Berliner Allee 11. |
| Adlershof: Karl Schwarglose, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. | Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenfranz, Mühl-Dorfgarten 56. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Wilmerdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 27. |
| Alt-Glienice, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Friedrichstr. 46. Baumschulenweg: D. Hornig, Wartenburger Str. 13, I. | Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: F. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17. | Zenithen, Miersdorf: Böh. Schulz, Zenithen, Stiefenstr. 16. |
| Hernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow, Schönbrück und Buch: Heinrich Broje, Wühlenerstr. 5, Laden. | Harigendorf, Marienfelde: August Leip, Chaussee 29. | Zossen: Rönnebeck, Stubenrauchstr. 27. |
| Bohnsdorf: Paul Gensch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus-Paradies. | Neuenhagen, Hoppengarten: Boissacowski, Dotti-straße 14. | |
| Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Eisenheimer Str. 1. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | Neukölln: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr; Neukölln, Brigg: Rößr, Siegfriedstraße 28/29. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. | |
| | Nieder-Schöneweide: Wilhelm Harub, Wühlenerstr. 10, II. | |
| | Nowawes: Karl Krohnberg, Hohenbahnstr. 10. | |